

Nr. **143**

Wolfgang Lauterbach

**Armut in Deutschland**  
und mögliche Folgen  
für Familien und Kinder

2003



## Inhalt

<b>Vorwort</b>	5
<b>Einleitung</b>	7
1 Armut und prekärer Wohlstand: Messkonzepte	10
2 Armut in Deutschland seit 1950	14
2.1 Armut in der DDR, in der Bundesrepublik und im vereinten Deutschland	17
2.1.1 Einkommensarmut in der DDR	17
2.1.2 Einkommensarmut und prekärer Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland	19
2.1.3 Familienphasen und Armutsrisiken	25
2.2 Armutsrisiken von Kindern und ihr Verbleib in Einkommensarmut	28
3 Armutserfahrungen im Kindesalter und Konsequenzen für Kinder	30
3.1 Kurzfristige Konsequenzen	30
3.2 Langfristige Konsequenzen: Bildungsent- scheidungen in Familien und die insti- tutionelle Struktur des Bildungssystems	37

4	Entsteht durch Armut eine Unterklasse?	48
5	Zusammenfassung	55
	<b>Literatur</b>	<b>61</b>
	<b>Der Autor</b>	<b>71</b>

## VORWORT

Die seit fast 20 Jahren an der Universität Oldenburg bestehende **Interdisziplinäre Forschungsstelle Familienwissenschaft (IFF)** führt in regelmäßigen Abständen Vortragsreihen durch, in denen Mitglieder der Arbeitsstelle oder eingeladene Experten zu aktuellen Fragen und Problemen aus dem Kontext von Ehe, Familie, Partnerschaft Stellung nehmen. Zu den jüngst eingeladenen Experten zählte der an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster forschende Hochschullehrer **Wolfgang Lauterbach**. Er vertritt dort im Institut für Soziologie die Schwerpunkte Lebensverlaufs- und Sozialstrukturanalyse sowie Bildungs- und Arbeitsmarktforschung. Im Kontext dieser Schwerpunkte stehen seine Forschungen zum Thema „Armut in Deutschland“, insbesondere zur Kinderarmut.

Dieses Thema beschäftigt inzwischen auch die Politik; sieht diese sich doch angesichts der alarmierenden, empirisch gestützten Ergebnisse von Forschungen aus Ökonomie und Soziologie unter Handlungsdruck gesetzt. Hohe dauerhafte Arbeitslosigkeit und wachsende Armut sind zu gesellschaftlichen Phänomenen geworden, denen mit besonderen Anstrengungen begegnet werden muss, damit es langfristig nicht „zur Abkoppelung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe“, nämlich der von Familien mit mehreren Kindern, kommt.

Lauterbachs Überlegungen, die Anstöße für politische Lösungen der „Armutproblematik“ anbieten, stützen sich einerseits auf eigene Forschungen, berücksichtigen andererseits die politischen Debatten, die Mitte der 1970er Jahre u. a. durch Heiner Geißlers Beiträge zur „neuen sozialen Frage“, worunter die Lebenssituationen derjenigen zu verstehen ist, die aus dem Erwerbsprozess ausgeschieden sind, Sozialhilfe beziehen und nicht durch mächtige organisierte Interessensverbände vertreten werden, in Gang gesetzt wurde.

In seinem hier abgedruckten Beitrag gibt Lauterbach zunächst die verschiedenen Messkonzepte von Armut wieder, beschreibt sodann die Entwicklung der Einkommensarmut unter Familien in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, und diskutiert vor diesem Hintergrund die kurz- und langfristigen Konsequenzen von Armut für die Kinder sowie die Frage nach der Entstehung einer „Unterklasse“ infolge dauerhafter Einkommensnachteile und Armut.

Der Autor weist darauf hin, dass sein Beitrag in Zusammenarbeit mit PD Dr. Rolf Becker und Dr. Andreas Lange entstanden ist und das einzelne Abschnitte anderen Veröffentlichungen von ihm entnommen sind.

Oldenburg, im Mai 2003

Prof. Dr. Friedrich W. Busch

WOLFGANG LAUTERBACH

## Armut in Deutschland und mögliche Folgen für Familien und Kinder<sup>1</sup>

### Einleitung

Das in Deutschland anzutreffende Verhältnis von Soziologie und Armut in der Gesellschaft ist ein schwieriges! Noch problematischer wird es, wenn über daraus resultierende individuelle und familiale Konsequenzen sowie über die Existenz einer Unterklasse debattiert wird. Dies ist deswegen der Fall, da sich am Thema Armut und soziale Ungleichheit soziale Interessen festmachen, die häufig eher in die Nähe sozialpolitischer Diskussionen gerückt werden, als dass sie Eingang in die wissenschaftliche Thematisierung finden. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema Armut sowie die politische Interpretation der entstehenden Konsequenzen unterliegen eher zyklischen Schwankungen, die stark vom historischen Kontext beeinflusst sind. Ein Tatbestand, den bereits Georg Simmel 1908 (1958: 372) in seinen Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung beschreibt, ist jedoch bis in die Gegenwart aktuell geblieben: „Die Klasse der Armen, insbesondere innerhalb der modernen Gesellschaft, ist der gemeinsame Endpunkt von Schicksalen der verschiedensten Art, von dem ganzen Umfang der gesellschaftlichen Unterschiedenheiten her mündigen Personen in ihr, keine Wandlung, Entwicklung, Zuspitzung oder Senkung des gesellschaftlichen Lebens geht vorüber, ohne ein Residuum in der Schicht der Armut wie in einem Sammelbecken abzulagern“. Simmel weist in seinen 30-seitigen Ausführungen darauf hin, dass durch gesellschaftliche Verwerfungen Menschen in Notsituationen und prekäre Lebenslagen geraten können, die sie ohne Zweifel zu den in materieller Not lebenden zählen lassen. Aber [...] „nur indem die Gesellschaft mit Unterstützungen darauf reagiert, spielt der

Arme seine spezifische soziale Rolle“ (372). Und weiter [...] „daß nämlich Andere: Individuum, Vereinigungen Ganzheiten eben diese Verfassung zu korrigieren suchen, so daß nicht der persönliche Mangel den Armen macht, sondern der um des Mangels willen Unterstützte erst dem soziologischen Begriffe nach der Arme ist“ (374). Demnach führt erst die gesellschaftliche Anerkennung – die institutionalistische Reaktion auf einen derartigen Lebensumstand – dazu, dass individuelle Armut zu einem gesellschaftspolitischen Thema wird. Das gesellschaftliche Leitbild, eine derartige Ungerechtigkeit vermeiden zu wollen und damit korrigieren zu müssen, führt zum Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Instanzen und sozialpolitischer Instrumente.

Seit dem Beginn der 1980er Jahre und – durch die deutsche Vereinigung verstärkt – auch in den 1990er Jahren, finden nunmehr hohe dauerhafte Arbeitslosigkeit und wachsende Armut als gesellschaftliches Phänomen wieder verstärkt Aufmerksamkeit. Angestoßen wurde die politische Debatte 1976 durch die von Heiner Geißler formulierte „Neue soziale Frage“, worunter die Lebenssituation derjenigen zu verstehen ist, die aus dem Erwerbsprozess ausgeschieden sind, Sozialhilfe beziehen und nicht durch mächtige organisierte Interessensverbände vertreten werden. Denn das sozialpolitische System der von der katholischen Soziallehre geprägten Staaten geht vom Primat der Familie als sozial fürsorglicher Primärinstanz und von der Subsidiarität staatlicher Leistungen aus. So wird auch die gesellschaftspolitische Brisanz des Themas verständlich, denn jedes Ansteigen der Sozialhilfe- oder der Armutsquote drückt eine „Schiefelage“ von privater Lebensvorsorge und ein Versagen sozialpolitischer Instrumente aus. Bedeutsam ist oft auch ein Versagen arbeitsmarktrelevanter Mechanismen zur Integration von Menschen in den Erwerbsprozess. Gesellschaftlich wird die Idee der Exklusion bestimmter Familien und Gruppen befördert, sodass es langfristig gegebenenfalls zur Herausbildung einer zusätzlichen Klasse, neben den über den Markt definierten Erwerbsklassen, kommen könnte.



Die Einsicht, dass Familien zu den leistungsfähigsten Sozial-einheiten moderner Wohlfahrtsstaaten gehören, die gesellschaftlich bedeutsame Aufgaben erfüllen, für die es auf dem Markt wenige bis keine Substitute vergleichbarer Qualität gibt, beförderte dann auch das jüngste wissenschaftliche Engagement mit diesem Thema (Esping-Anderson 1999). Zu den Aufgaben und Leistungen, die Familien erbringen, zählen die Existenzsicherung und die Daseinsvorsorge der Familienmitglieder, die Haushaltsführung (z.B. Ernährung, Wohnraum und Bekleidung), die Produktion und der Erhalt von Humanvermögen (als die Gesamtheit der kognitiven Fähigkeiten, der sozialen Fertigkeiten sowie die psychosozialen Kompetenzen) sowie die Ermöglichung der sozialen Inklusion aller Familienmitglieder. Diese Leistungen wurden auch völlig zu Recht im Fünften Familienbericht (1994) und im Zehnten Kinder- und Jugendbericht (1998) betont. Weitere Leistungen bestehen in der Erziehung, Pflege und Betreuung des Nachwuchses sowie in den Möglichkeiten für Regeneration und des Lebens von Emotionalität (Nave-Herz 1999). Insbesondere die Kinder benötigen ein sozial stabiles Unterstützungssystem und dazugehörigen dauerhaften Bezugspersonen (Huinink 1995). Diese Leistungen werden vorrangig von Familienangehörigen für die Mitglieder der Familie erbracht und als nicht intendierte Konsequenzen familialer Handlungen kommen die Ergebnisse der Leistungen der Gesellschaft zugute, sodass sie zum Allgemeinwohl beitragen. Auch wenn die produzierten familialen Güter und Dienstleistungen nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen, sind Gesellschaften auf sie angewiesen. Wegen der Produktion von Humanvermögen und dessen Erhalt entsteht ein öffentliches Interesse an Familien bzw. an Familientätigkeit und Elternschaft (Kaufmann 1995).

Insbesondere für die Produktion von Humanvermögen sind Familien auf ökonomische Sicherheit durch ausreichende und kontinuierlich verfügbare Einkommen angewiesen. So kostete beispielsweise in den 1990er Jahren ein Kind bis zum achtzehnten Lebensjahr ungefähr zwischen 175.000 bis 200.000 € (BMFSFJ 1998). Für Eltern bedeutet daher eine Entscheidung

für Kinder eine Reduzierung des Lebensstandards. Mit zunehmender Kinderzahl sinkt bei steigenden Opportunitätskosten das verfügbare Einkommen deutlich, da oft ein Familienmitglied, häufig die Mutter, auf die Erwerbstätigkeit und damit auf ihren Beitrag zum Haushaltseinkommen verzichten muss. Gesellschaftlich relevante, von Familien erbrachte Aufgaben und Leistungen, sind daher nicht nur mit Einkommensnachteilen verbunden, sondern auch mit Armutsrisiken.

Im Folgenden werde ich erstens (1) verschiedene Messkonzepte von Armut wiedergeben und zweitens (2) die Entwicklung der Einkommensarmut unter Familien in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschreiben. Für die Zeit von 1950 bis 1990 wird zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterschieden und für die Zeit nach 1990 zwischen Ost- und Westdeutschland differenziert. Drittens (3) diskutiere ich kurz- und langfristige Konsequenzen von Armut für die Kinder und viertens (4) stelle ich die in jüngster Zeit aufgeworfene Frage nach der Entstehung einer Unterklasse infolge dauerhafter Einkommensnachteile und Armut vor.

## 1 Armut und prekärer Wohlstand: Messkonzepte

Armut und prekäre Wohlstandspositionen (Niedrigeinkommensgruppen) abzugrenzen, erfolgt in der Wissenschaft anhand verschiedener Messkonzepte (Krause 1992:3; Klocke 2000). Sie beziehen sich auf diejenigen Personen, die in Armut oder nahe der Armutsgrenze leben. Politische Armut wird definiert als das Unterschreiten einer sozialpolitisch definierten Einkommensgrenze, nach der Personen Anspruch auf Unterstützung haben. In der Bundesrepublik Deutschland ist dies der Bundessozialhilfegesetz, der als Regelsatz nach BSHG definiert wird. Politische Armut wird auch als bekämpfte Armut bezeichnet. Des Weiteren existieren Begriffsbestimmungen, die versuchen, die mit der Anerkennung des Sozialhilfegesetzes als Armutsgrenze verbundene Konsequenz zu umgehen, dass Personen, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten, diesen aber nicht geltend machen. Ein weiteres Konzept ist das der relati-

ven Armut. Anhand dieses Ansatzes wird Armut in Abhängigkeit vom materiellen Wohlstand der Gesellschaft definiert. Wer in einer Gesellschaft einen bestimmten minimalen Konsum- und Einkommensstandard unterschreitet, gilt als arm. Hierbei können zwei Ansätze unterschieden werden: Der Lebenslagenansatz und der Ressourcenansatz. Ersterer bezieht sich auf die Erfassung der Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen, beispielsweise im Ausbildungs- und Erwerbsbereich, im Wohnbereich und auf die Ernährungssituation. Insgesamt werden 15 wichtige Bereiche unterschieden. Eingang in die breite wissenschaftliche Forschung fand dieser Ansatz jedoch nicht, denn durch jeweils unterschiedliche Gruppierungen der Lebensbereiche wird immer wieder ein unterschiedliches Ausmaß an Armut festgestellt. Diese Heterogenität der so ermittelten Armutsquote ist in der wissenschaftlichen Debatte ausgesprochen unbefriedigend.

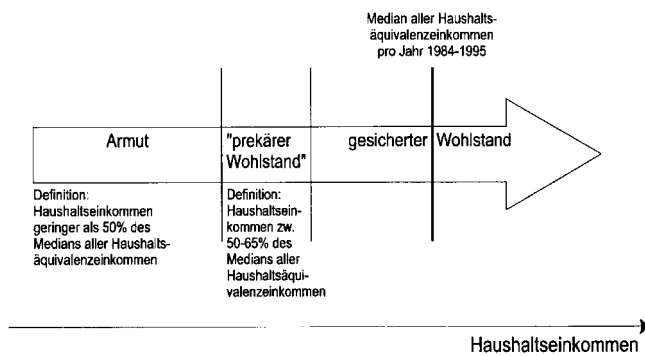
Daher stützen sich die meisten in der Wissenschaft durchgeführten Untersuchungen auf den Ressourcenansatz. Hierbei wird sich auf die Ermittlung der zur Verfügung stehenden Einkommensressourcen (Einkommen und Vermögen) konzentriert. Die statistische Identifizierung erfolgt entlang eines international vergleichbaren Armutsmaßes, das je nach gesellschaftlichem Wohlstandsniveau variiert. Armut bedeutet dann, von einer Lebensweise ausgeschlossen zu sein, die im jeweiligen Land als Minimum eines menschenwürdigen Daseins definiert wird. Armut wird somit als 'relatives Maß' des Ausschlusses an der Teilhabe an gesellschaftlichem Wohlstand verstanden, als relative Einkommensarmut. Dieses Minimum wird als prozentualer Abstand zum Mittelwert des durchschnittlichen Haushaltseinkommens eines Landes konzeptualisiert. Als arm gelten demnach Personen, die weniger als 50 Prozent des Mittelwertes oder auch des Medians aller jährlich berechneten Haushaltsnettoeinkommen, gewichtet mit der Anzahl der im Haushalt lebenden Mitglieder, erzielen. Durch Verwendung unterschiedlicher Gewichte pro Kopf der Haushaltsmitglieder wird das erzielte Haushaltsnettoeinkommen zu einem gewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen. Dies

fürte zur Entwicklung eines international vergleichbaren Armutsmaßes, das je nach gesellschaftlichem Wohlstandsniveau variiert. Die Verwendung einer derartig konstruierten Äquivalenzskala beruht im Wesentlichen auf zwei Annahmen: Erstens wird unterstellt, dass die Haushaltsmitglieder ihre individuell erzielten Einkommen in einen gemeinsamen Pool einbringen, demnach keine Vorbehaltseinkommen existieren. In einem umfassenden Sinn wird also davon ausgegangen, dass in Familien „geteilt wird“ und die Mitglieder „füreinander da sind“, sodass jedes im Haushalt lebende Mitglied das gleiche Wohlstandsniveau erreicht. Zweitens liegen dem Berechnungsmodus die Annahmen zugrunde, dass bei gemeinsamen Wirtschaften Einsparungen entstehen, der Verbrauch der Mitglieder des Haushaltes folglich gewichtet werden muss und zusätzlich berücksichtigt werden sollte, dass Kinder geringere Bedürfnisse als Erwachsene haben (Hauser/Neumann 1992). Durch Verwendung unterschiedlicher Gewichte pro Kopf der Haushaltsmitglieder wird das Haushaltsnettoeinkommen zu einem gewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen: Der Haushaltsvorstand bekommt einen Wert von 1 zugewiesen, jede weitere im Haushalt lebende Person, die älter als 16 Jahre ist, den Wert 0,8 und jedes jüngere Kind den Wert 0,5. Das damit erreichte Netto-Äquivalenzeinkommen wird als Indikator der Wohlstandsposition einer Person bezeichnet (Zimmermann 1998; Krämer 2000; Klocke 2000).

Berücksichtigt man, dass Personen, die zwar nicht zu den Armen zu rechnen sind, jedoch nur geringfügig oberhalb der Armutsgrenze leben, ebenso einen sehr schlechten Lebensstandard haben, so muss die Armutsdefinition erweitert werden um den Begriff des Niedrigeinkommens. Diese Erweiterung ist deshalb bedeutsam, da in den allermeisten Fällen die Mobilität aus Niedrigeinkommenslagen heraus für viele Haushalte keinen wesentlichen Einkommensanstieg in eine gesicherte Wohlstandsposition bedeutet. Vielmehr zeigen Mobilitätsstudien, dass Sprünge über mehrere Einkommensgruppen nur äußerst selten zu beobachten sind (Featherman/Selbee 1988; Müller/Frick 1997). Wenn Familien und deren Kinder die

Gruppe der Armen verlassen, so steigt ihr Einkommen häufig nur geringfügig an. Ein „Aufstieg“ vollzieht sich oftmals nur in finanziell prekäre Bereiche, in denen ein Abstiegsrisiko bestehen bleibt. Dies ist auch daran ablesbar, dass gerade die Bevölkerungsgruppe, die ein Einkommen geringfügig über der Armutsgrenze aufweist, seit den 1980er Jahren quantitativ stark zugenommen hat (Bieback/Milz 1995). Setzt man eine relative Einkommensgrenze bei 60 oder 65 Prozent und nicht bei 50 Prozent, so steigt der als arm zu bezeichnende Bevölkerungsanteil um mehr als das Doppelte an (McFate/Smeeding/Rainwater 1995; Hübinger 1996; Hauser 1995; 1999: 141). Deshalb ist es sinnvoll, nicht nur Armutslagen sondern auch „prekäre Wohstandslagen“ zu berücksichtigen, in welchen nur geringfügig mehr als 50 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens zur Verfügung steht. Schaubild 1 verdeutlicht diese Einkommensschwellen.

Schaubild 1:  
Definition von Armut, prekären und gesicherten Einkommenslagen



Im Folgenden soll nun beschrieben werden, wie sich Armut in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat. Dazu wird die Situation seit den 1950er Jahren beschrieben.

## 2 Armut in Deutschland seit 1950

Die Entwicklung von Armut in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 kann vereinfacht in fünf Abschnitte unterteilt werden (Hauser/Neumann 1992: 244-245). Im Nachkriegsdeutschland der späten 1940er und frühen 1950er Jahre war Armut durch Not und Elend infolge des verlorenen Krieges gekennzeichnet. Unter den Kriegszerstörungen, Hunger und Kälte sowie dem wirtschaftlichen Zusammenbruch hatten vor allem Witwen, Waisen, Kriegsversehrte unter den Kriegsoffizieren, Vertriebene, Flüchtlinge und Ausgebombte zu leiden (Leibfried/Leisering 1996: 212). Einer soziologischen Studie von Hilde Thurnwald (1948) über die Lebenslage von 498 Berliner Familien nach hatte jede fünfte Familie nur einen Raum zum Wohnen, den sich durchschnittlich drei Personen teilen mussten. In den wenigen unzerstörten Berliner Wohnungen drängten sich drei bis vier Familien und rund sieben Millionen Menschen waren obdachlos. Auch fehlte es an vielen täglichen Bedarfsgegenständen wie etwa Heizmittel oder Bekleidung. Familien erhielten von den Sozialämtern Bezugsscheine für Schuhe. Dennoch mussten viele Mütter ihre Kinder morgens in die Kindergärten und Schulen tragen, weil es ihnen an Schuhen mangelte (Thurnwald 1948: 57). Darüber hinaus führten Kälte und Hunger zu Anomie, persönlichen Mangelerscheinungen und Krankheitsanfälligkeiten (Thurnwald 1948: 94). Aus diesen Gründen wurde die kollektive Armut wegen des verlorenen Krieges und der Dynamik des Wiederaufbaus, weder in der Öffentlichkeit noch in der Politik als gesellschaftlich nachteilig angesehen oder diskutiert (Schäfers 1992: 110).

Bereits in den 1950er Jahren deutete sich eine „Wende von der Armut des Volkes zur Armut des Einzelnen“ an (Eckart 1997: 18). Sie wurde durch das Soforthilfegesetz aus dem Jahre 1949, das durch das Lastenausgleichsgesetz von 1952 abgelöst wurde, forciert. So ging es dann bereits bei der Sozialhilfedebatte des Jahres 1953 ausschließlich um die unzureichende Versorgung von Sozialleistungsempfängern und weniger um die von Armut bedrohten Arbeitslosen, kinderreichen Familien und äl-

teren Menschen. Auch die Rentenreform von 1957 verfolgte armutspolitische Ziele, bei deren Realisierung die Bezüge der rund 6 Millionen Sozialrentner um mehr als die Hälfte erhöht wurden und die Sozialversicherung und die Sozialfürsorge ordnungspolitisch getrennt wurden.

Als Beginn der dritten Phase kann die aus dem Jahr 1961 stammende Reform des seit 1924 geltenden Fürsorgerechts bezeichnet werden. Das ab 1962 geltende Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bewirkte die „Individualisierung“ der staatlichen Fürsorge in Form persönlicher Hilfen in Ausnahmesituationen, beispielsweise bei Krankheiten oder Behinderungen, als Armutsursache. Gewährleistet werden sollte die Mindestsicherung eines soziokulturellen Lebensstandards bzw. eines menschenwürdigen Daseins. „Mit der Verabschiedung des BSHG schloss eine armutspolitische Epoche. Das Kernproblem der frühen 1950er Jahre, die kollektive Armut des Volkes, war gelöst, und ausgewählte Gruppen, primär die Rentner, waren – in einem im internationalen Vergleich beachtlichen Maß – am wachsenden Wohlstand beteiligt worden“ (Buhr et al. 1991: 512). Im Zuge des Wirtschaftswunders und der Erfolge der sozialen Marktwirtschaft trat das Phänomen Armut als kollektive Armut des Volkes in den Hintergrund. „Absolute Armut als Gefährdung der physischen Existenz, relative Einkommensarmut und subjektiv empfundene Mangelerscheinungen“ (Hauser/Neumann 1992: 238) hatten – von wenigen lokalen sozialwissenschaftlichen Studien und sozialrechtlichen Abhandlungen abgesehen – keine Bedeutung mehr für die Gestaltung der Sozialpolitik und der Sozialforschung (Schäfers 1992: 110). So ist es auch nicht verwunderlich, dass in den 1970er Jahren, in denen zwei Novellen des BSHG und Verbesserungen der Sozialleistungen vorgenommen wurden, materielle Armut nur noch als Notlage von sozialen Randgruppen gesehen wurde. Erst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurden Anzeichen einer Krise des Sozialstaates sichtbar und die „Neue soziale Frage“ gewann zunehmend an Bedeutung für die Politik. Sie wurde vom damaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler (1976) als parteipolitische Kritik an der sozialliberalen

Regierungskoalition und den regierungsnahen Gewerkschaften und Verbänden in die öffentliche Diskussion gebracht. Die aufgeworfene sozialpolitische Problematik bestand nach Geißler darin, dass offensichtlich ältere Menschen, kinderreiche Familien, Frauen, Kinder, aber auch Obdachlose und andere soziale Randgruppen, als benachteiligt angesehen wurden (Geißler 1976: 15). Sie könnten nicht in vollem Umfang am allgemeinen Wohlstand in der Bundesrepublik teilhaben, sondern seien hinsichtlich ihrer ungünstigen Lebenslage und sozialer Desintegration depriviert. So lebten nach Geißler (1976: 27) rund 5,8 Millionen Menschen in 2,2 Millionen Haushalten unterhalb der Sozialhilfebemessungsgrenze. Die nachfolgende Diskussion und die damit in Zusammenhang stehende Kritik an den überzogenen Thesen bestand darin, dass die von Geißler vorgelegten Zahlen als Beleg für das Ausmaß der von Armut Betroffenen aufgrund fragwürdiger Berechnungen deutlich zu hoch waren (Krämer 2000: 15).

Mit zunehmender Arbeitslosigkeit in den 1980er Jahren sowie den Einschnitten in das Arbeitsförderungsgesetz (AFG), rückte die „neue Armut“ der ausgegrenzten Arbeitslosen in den Mittelpunkt der Armutsforschung und der öffentlichen Debatte (Balsen et al. 1984). Die Entwicklung des Arbeitsmarktes brachte auch eine Änderung der Armutursachen und der Sozialhilfeklientel mit sich. So waren nicht nur vereinzelte Arbeitslose von Armut betroffen, weil sie keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhielten, sondern verstärkt auch deren Familien. Zusätzlich wuchs der Anteil von Alleinerziehenden und Kindern in der Armutspopulation an. An diesem Armutsbild, das mit den Etiketten von „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ (Glötz), „Drei-Viertel-Gesellschaft“ (Leibfried/Tennstedt) oder „Vier-Fünftel-Gesellschaft“ (Hauser/Becker) versehen wurde, hat sich bis in die Gegenwart kaum etwas geändert (Leibfried/Leisering 1996: 226). Hinzugekommen sind noch die strukturellen Probleme der deutschen Einheit, die sozialpolitischen Kürzungen der konservativ-liberalen Regierungskoalition in den 1980er und 1990er Jahren sowie die zunehmende und lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit in beiden Teilen Deutschlands. Diese



Entwicklungen haben noch zum Anwachsen der Armutspopulation beigetragen (Schäfers 1992: 119).

Gegenwärtig beobachten wir die Gleichzeitigkeit von zunehmendem Wohlstand, der in der deutschen Geschichte einmalig ist, und sich verschärfender sozialer Ungleichheit, die sich in zunehmenden Wohlstandsabständen zwischen Bevölkerungsgruppen äußert (Hauser 1997). Ebenso stellen Armutsforscher bei einer abnehmenden Zahl geschlossener Ehen und sinkenden Kinderzahlen ein zunehmendes Risiko kinderreicher Familien fest, arm zu werden und auf sozialstaatliche Fürsorge angewiesen zu sein (Hanesch et al. 2000; Andreß 1994, 1999). Als Folge daraus sind in den Armutsstatistiken vor allem Familien mit minderjährigen Kindern überrepräsentiert (Weick 1999).

Im Weiteren möchte ich – unter besonderer Berücksichtigung von Familien und ihren Kindern – anhand der amtlichen Statistik und der bereits publizierten Ergebnisse aus Bevölkerungsumfragen das Ausmaß und die Zusammensetzung der von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen erläutern. Aus Gründen der Vergleichbarkeit und einheitlichen Darstellung beschränke ich mich auf die relative Einkommensarmut<sup>2</sup>.

## **2.1 Armut in der DDR, in der Bundesrepublik und im vereinten Deutschland**

### **2.1.1 Einkommensarmut in der DDR**

Obwohl im real existierenden Sozialismus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) Armut offiziell nicht existierte, gab es die der deutschen Sozialhilfe vergleichbare Sozialfürsorge. Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland wurde in der DDR die Sozialfürsorgengrenze im Verlauf der Jahre neu definiert. Während es nach 1961 noch galt, sozial Gefährdete zu unterstützen, wurden diese in den 1970er Jahren entweder als „kriminell Gefährdete“ (sofern sie nicht bereits straffällig geworden waren) oder als „arbeitsscheues Gesindel“ diskriminiert. So war nach §248 des Strafgesetzbuchs der DDR eine

„asoziale Lebensweise“ strafbar und wer der Pflicht zur Arbeit nicht nachkam, konnte sehr schnell mit dem Gesetz in Konflikt geraten (Krämer 2000: 16). Während es dem Statistischen Jahrbuch der DDR zufolge im Jahre 1961 rund 157.000 Unterstützungsempfänger gab, erhielten im Jahre 1984 nur noch rund 12.500 Personen fürsorgliche Unterstützung. In diesem Zeitraum ist die Fürsorgequote von 9,2 auf 0,7 Prozent und die der minderjährigen Kinder von 0,4 Prozent im Jahre 1978 auf 0,1 Prozent im Jahre 1984 gesunken. Die im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland überaus niedrigen Zahlen sind darauf zurückzuführen, dass ein Großteil dieser Sozialleistungen nicht zentral vom Staat, sondern vornehmlich von Betrieben geleistet wurde.<sup>3</sup> Zum anderen tat offensichtlich die Kriminalisierung von Armut ihr Übriges (Krämer 2000: 17).

Obwohl die absolute Armut seit Ende der 1950er Jahre weitgehend beseitigt war und aus ideologischen Gründen eine Thematisierung von Armut in der DDR unterblieb, gab es in der DDR bis zu ihrem Zusammenbruch trotz garantiertem Mindestbruttolohn und sozialpolitischer Subventionen einkommensbedingte Armut (Manz 1992). Insbesondere Personen mit geringem Erwerbseinkommen oder Rentner verfügten über so wenige finanzielle Mittel, dass sie zusätzlichen Beschäftigungen nachgehen mussten, damit sie nicht unter das Existenzminimum gerieten. Auf Basis äquivalenzgewichteter Haushaltseinkommen und entsprechender Armutsgrenzen waren in der DDR im Jahre 1970 rund 65 Prozent der Rentner arm. Bis Ende 1988 sank die Armutsquote von Rentnern auf 45 Prozent. D.h. fast jeder zweite Rentner lebte noch in den 1980er Jahren in Einkommensarmut (Tabelle 1).

Größere Haushalte oder kinderreiche Familien hatten in der DDR ebenso ein überproportional hohes Armutsrisiko. Während im Jahre 1970 fast jeder dritte Haushalt arm war, lebten rund 34 Prozent der Vier-Personen-Haushalte und 45 Prozent der Haushalte mit mehr als vier Personen unterhalb der Armutsgrenze. Über die Jahre hinweg änderten sich diese Armutsrisiken, sodass vorwiegend nur noch die Rentner wegen

**Tabelle 1:**  
**Armut in der DDR – Armutsquoten von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten**

Personen im Haushalt	1970	1980	1988
1	5	5	4
2	30	10	10
3	20	9	7,5
4	34	10	6,6
5 und mehr	45	18	4
Insgesamt	30	12	10
Rentner	65	50	45

Quelle: Manz (1992: 88)

geringer Renten unter die Armutsschwelle fielen. Familienarmut war demnach in den 1980er Jahren in der DDR weitgehend nicht existent.

### 2.1.2 Einkommensarmut und prekärer Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland

Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine wechselvolle Geschichte der Familien in Einkommensarmut, die offensichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit folgte (siehe Tabelle 2). Nach der Einführung des BSHG sank die Zahl der von Armut betroffenen Haushalte, während sie nach den beiden Ölpreisschocks und den nachfolgenden Rezessionen in den 1980er Jahren wieder anstieg. In den 1990er Jahren schwankte die Armutsquote für alle Privathaushalte zwischen 9 und 11 Prozent.

Tabelle 2:  
Relative Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland 1963-1998

	Alle Haushalte	HH. mit 1 Kind	HH. mit 3 u.m.K.	Ein-Eltern-HH.
1963	14,8	4,1		28,3
1969	9,1	2,4		11,5
1973	5,5	1,3		7,7
1978	6,2	2,2		16,3
1983	7	3,5		22,1
1985	11,2	8,1	32,2	35,6
1986	10,9	9,6	30,7	31,2
1987	9,2	8,4	25,6	30
1988	10,1	7,6	21,7	29,9
1989	8,9	6,8	21,5	37,1
1990	9,1	7,9	19,7	29,1
1991	8,8	9,4	20,9	35,3
1992	8,5	8,8	19,8	29,3
1993	10,1	7,5	24,5	26,4
1994	9,4	8,9	25,7	28,2
1995	11,2	10,2	23,2	40,4
1996	9,5	6,4	21,5	33,3
1997	9,1	7,5	21,6	29,5
1998	9,5	7,8	24,7	30,1

Quellen: Hanesch et al. (2000: 317) und Hauser/Semrau (1990: 34 und 36)

Quellen: Hanesch et al. (2000:317) und Hauser/Semrau (1990: 34 u. 36)

Grundsätzlich scheint es eine synchrone Entwicklung von Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut zu geben. Nach einem leichten Rückgang der von Armut betroffenen kinderreichen Familien bis gegen Ende der 1980er Jahre folgte in den 1990er Jahren ein Verharren auf einem Niveau zwischen 22 und 23 Prozent. Ende der 1990er Jahre war jede vierte kinderreiche Familie arm. Dieses Ausmaß wird nur von der Wohlfahrtsposition der Alleinerziehenden übertroffen: In den 1990er Jahren lebte fast jeder dritte alleinerziehende Haushalt in Einkommensarmut. So hatten ebenso wie die kinderreichen Paarhaushalte vor allem Alleinerziehende mit mehreren Kindern ein überproportional hohes Armutsrisiko. Im Jahre 1963 waren rund 30 Prozent der Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern arm; in den folgenden Jahren sank diese Quote auf rund 10 Prozent bis zum Jahre 1973 und stieg dann bis Mitte der 1980er Jahre erneut auf über 60 Prozent an. Dies sind vermutlich Anzeichen dafür, dass Kindergeld, Familienlastenausgleich und sonstige steuerliche Begünstigungen nicht ausreichen, um größere Familien mit geringem Erwerbseinkommen vor Armut zu schützen (Hauser/Semrau 1990: 33).

Ein Vergleich zwischen beiden Teilen Deutschlands zeigt zudem, dass die Armutsrisiken von Familien in Westdeutschland deutlich höher sind als im Osten Deutschlands (siehe Tabelle 3). So bewegt sich das Armutsrisiko ostdeutscher Familien auf dem Niveau von kinderlosen Ehepaaren in Westdeutschland. Nur kinderreiche Familien in Ostdeutschland haben ein ähnlich hohes Armutsrisiko wie westdeutsche Familien mit mehr als zwei Kindern.

Tabelle 3:  
Relative Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland 1988-1998 – Verschiedene Haushalts- und Familienkonstellationen

<b>Westdeutschland</b>	1988	1991	1994	1997	1998
Alle Personen	10,1	8,8	9,4	9,1	9,5
Ehepaare ohne K.	4,5	4,7	3,9	4,9	3,4
Ehepaare mit K.	13,7	10,6	10,8	11,9	13,4
Ehepaare mit 1 K.	7,6	9,4	8,9	7,5	7,8
Ehepaare mit 2 K.	17,3	8,7	7,4	11,4	13,0
Ehepaare mit drei und mehr Kindern	21,7	20,9	25,7	21,6	24,7
NEL mit Kindern	13,8	26,2	22,0	18,5	20,6
Alleinerziehende	29,9	35,3	28,2	29,5	30,1
Getrennt/Geschieden	35,6	32,4	31,9	31,0	29,4
Ledig	29,3	43,1	22,8	48,9	38,0
Verwitwet	22,7	21,2	3,3	6,5	11,4
<b>Ostdeutschland</b>		1991	1994	1997	1998
Alle Personen		4,1	7,5	6,3	4,6
Ehepaare mit K.		3,7	7,8	5,0	5,5
Ehepaare mit 1 K.		2,5	7,1	5,8	3,5
Ehepaare mit 2 K.		4,0	9,3	5,0	3,6
Ehepaare mit drei und mehr Kindern		5,8	16,5	14,7	22,7
NEL mit Kindern		3,8	26,2	13,3	3,3
Alleinerziehende		17,6	26,8	24,2	13,4
Getrennt/Geschieden		22,3	19,2	22,3	7,1
Ledig		4,7	38,0	29,1	17,4

Quelle: Hanesch et al. (2000: 311 und 313), Statistische Jahrbücher 1988 ff und eigene Berechnungen

Quelle: Hanesch et al. (2000: 311 u. 313), Statistische Jahrbücher 1988 ff und eigene Berechnungen

Schließlich werden auch Alleinerziehende in den neuen Bundesländern deutlich seltener arm als jene in den alten. Dass die Wohlfahrtsposition ostdeutscher Alleinerziehender günstiger ist als die der westdeutschen Alleinerziehenden oder gar der kinderreichen Familien in beiden Teilen Deutschlands, dürfte an der ausgeprägten Erwerbsorientierung und -beteiligung dieser vergleichsweise jungen Mütter liegen.<sup>4</sup> Darüber hinaus wurde ein Großteil der erwerbstätigen Mütter in Ostdeutschland durch Scheidung bzw. Trennung zum alleinerziehenden Elternteil. Im Gegensatz dazu wurden die Mütter in Westdeutschland bei einem Verlust des Partners (Trennung, Scheidung oder Verwitwung) wegen ihrer Nichterwerbstätigkeit arm.

Ein wesentliches Ergebnis der dynamischen Armutforschung ist, dass viele Menschen nur für einen relativ kurzen Zeitraum in Armut leben. Die meisten Familien und Einzelpersonen wechseln nach kurzer Armutsdauer wieder in eine Wohlstandsposition oberhalb der Armutsgrenze. Allerdings sind Sprünge über mehrere Einkommensgruppen nur äußerst selten zu beobachten (Müller/Frick 1997); eher befinden sich ehemals arme Familien nach Überwinden der Armutsgrenze in einem armutsnahen und daher prekären Wohlstand.<sup>5</sup> Diese Wohlstandsposition hat speziell unter Familien an Bedeutung gewonnen (Bieback/Milz 1995). In den Einkommensklassen, die zwischen 50 und 66 Prozent des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Einkommens erhalten, leben derzeit abermals ca. 12 bis 15 Prozent der Bevölkerung (Hauser 1999: 141).

In Tabelle 4 ist – gemessen am Niedrigeinkommen – die Entwicklung des prekären Wohlstands von Familien im Vergleich zu anderen Haushalten dargestellt. Für den Zeitraum von 1963 bis 1983 sind Ehepaare und insbesondere Ehepaare ohne Kinder, aber auch Ehepaare nur mit einem Kind, bei den Niedrigeinkommen unterrepräsentiert.

**Tabelle 4:**  
**Prekärer Wohlstand (Niedrigeinkommensquoten) in der**  
**Bundesrepublik Deutschland 1963-1998 - Haushalts- und**  
**Familienkonstellationen\***

	'63	'69	'73	'78	'83	'88	'91	'94	'97	'98
<b>Westdeutschland</b>										
Alle HH.	28,7	20,2	14,0	15,3	15,9	33,9	34,9	35,1	35,6	32,3
Ehepaare	30,1	20,0	13,5	14,9	14,7					
Ehepaare ohne K.	17,0	11,1	10,4	10,4	9,1					
Paarhaushalte mit K.						46,6	48,2	46,5	48,3	47,0
Mit 1 K.	14,8	8,3	4,3	6,5	9,6	32,9	36,5	35,4	32,9	34,0
Mit 2 K.						52,1	49,0	46,8	56,8	52,4
Mit 3 und mehr K.						70,4	70,4	68,0	63,6	63,9
Mit 2 und mehr K.	44,1	29,9	19,0	21,4	21,3					
NEL mit K.						26,9	64,2	51,3	53,4	45,2
Alleinerziehende	40,2	21,6	14,5	27,9	36,6	65,4	64,2	72,8	67,4	69,7
Mit 1 K.	21,2	11,4	12,7	14,4	24,0					
Mit 2 und mehr K.	58,7	33,6	17,7	40,8	51,7					
Getrennt/Geschieden						67,8	62,5	77,3	68,8	71,4
Ledig						74,6	84,9	79,3	85,5	83,7
Verwitwet						52,4	56,5	48,0	38,7	35,1
<b>Ostdeutschland</b>										
Alle HH.						22,1	25,0	22,8	26,9	
Paarhaushalte mit K.						24,1	32,5	33,0	35,0	
Mit 1 K.						16,8	20,5	22,9	25,3	
Mit 2 K.						25,5	34,5	34,6	37,3	
Mit 3 und mehr K.						42,3	70,4	67,0	66,6	
Alleinerziehende						47,8	57,5	62,1	51,1	
Getrennt/Geschieden						46,8	59,2	68,6	51,2	
Ledig						45,6	53,9	52,5	44,6	

\* 1963-1983: 60%-Grenze (des durchschnittlichen gewichteten verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens auf der Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; nur Personen in deutschen Privathaushalten; ohne Anstaltsbevölkerung; ohne Ausländer und ohne Haushalte mit besonders hohen Einkommen; Datenbasis: Einkommens- und Verbraucherstichproben) und 1985-1998: 75%-Grenze (Datenbasis: SOEP).

Quelle: Semrau (1990: 121); Hanesch et al. (2000: 308, 311 und 313).



Dagegen leben kinderreiche Familien eher im prekären Wohlstand. Nach 1983 – und nach 1990 auch für Ostdeutschland – hat sich wenig an der relativen ökonomischen Benachteiligung von Familien, insbesondere kinderreicher Familien und Alleinerziehender, aber auch nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kindern, geändert. Mehr als die Hälfte der Familien mit zwei und mehr Kindern und mehr als zwei Drittel der Alleinerziehenden verfügen über Niedrigeinkommen. Als dramatisch muss wiederum die Lage von ledigen Müttern bezeichnet werden, die mit eingeschränkten finanziellen Ressourcen auskommen und sich permanent Armutsrisiken vergegenwärtigen müssen (Hauser 1997).

### 2.1.3 Familienphasen und Armutsrisiken

Verfügbare Haushaltseinkommen hängen nicht nur von der Zahl der Haushaltsmitglieder, die zur Erwirtschaftung des Einkommens beitragen, sondern auch von den Stationen ihrer individuellen Erwerbs- und Einkommensverläufe ab. Übertragen auf das Lebensalter und den Familienbildungsprozess kann daher ein Zusammenhang zwischen Wohlstandsposition und Familienphase erwartet werden (Eggen 1998: 89 ff). Es ist zu vermuten, dass junge Ehepaare während der Gründung und des Aufbaus einer Familie Einbußen in ihrem Lebensstandard hinnehmen müssen und vergleichsweise höhere Armutsrisiken aufweisen. Diese Spekulation wird durch entsprechende, von Eggen (1998) vorgelegte Daten belegt (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5:  
Haushalte und Familien in unterschiedlichen Familienphasen  
nach relativen Wohlstandspositionen im Jahre 1994\*

	Westdeutschland	Ostdeutschland
<b>Privathaushalte</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Familien</b>	<b>89</b>	<b>99</b>
Darunter		
<b>Ehepaare ohne Kinder</b>	<b>106</b>	<b>111</b>
darunter in		
Gründungsphase	132	137
Aufbauphase	143	139
Stabilisierungsphase	147	133
Konsolidierte Phase	136	134
Umorientierungsphase	100	111
Ältere Ehepaare	89	103
<b>Ehepaare mit Kindern</b>	<b>82</b>	<b>96</b>
darunter in		
Gründungsphase	79	88
Aufbauphase	74	94
Stabilisierungsphase	74	91
Konsolidierte Phase	92	105
Umorientierungsphase	101	113

\*Relative Wohlstandsposition = relative Abweichung der durchschnittlichen, nach den Regelsätzen des BSHG gewichteten Äquivalenzeinkommen der Familientypen (Median) vom durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der Privathaushalte.  
Quelle: Eggen (1998: 152)

\* Relative Wohlstandsposition = relative Abweichung der durchschnittlichen, nach den Regelsätzen des BSHG gewichteten Äquivalenzeinkommen der Familientypen (Median) vom durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der Privathaushalte.

Quelle: Eggen (1998: 152)

Abgesehen von älteren Ehepaaren, die bereits von der Rente leben, haben Ehepaare ohne Kinder günstigere Wohlstandspositionen als Familien und Ehepaare mit minderjährigen Kindern im Haushalt. Besonders in der Gründungsphase der Familien – wenn die Ehedauer unter 3 Jahren liegt und das älteste Kind jünger als 3 Jahre ist – schwächt sich die Wohlfahrt dieser jungen Familien bereits ab. Dem größten Armutsrisiko sind Familien in der Aufbauphase – nach einer Ehedauer von 3 bis

10 Jahren und einem Alter von maximal zehn Jahren des ältesten Kindes – und in der Stabilisierungsphase – bei einer Ehedauer von 10 bis 18 Jahren und einem Alter des ältesten Kindes zwischen drei und achtzehn Jahren – ausgesetzt. Diese Familien sind großen finanziellen Belastungen und Risiken ausgesetzt und im Vergleich zu kinderlosen Paaren deutlich benachteiligt. Nur während der Konsolidierungsphase – also bei einer Ehedauer von 18 bis 27 Jahren und einem jüngsten Kind, das älter als sechs Jahre ist – verbessert sich vor allem in Ostdeutschland die Wohlstandsposition dieser Familien. Erst in der Umorientierungsphase – nach einer Ehedauer von 28 Jahren und mit einem Jugendlichen im Elternhaus – erreicht die Familie wieder die Wohlstandsposition von Ehepaaren ohne Kinder in einer vergleichbaren Phase.

Diese Betrachtung belegt abermals die ökonomische Benachteiligung von Familien. Sie ist im Familienverlauf dann besonders stark, wenn es um die Vereinbarkeit von Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit bzw. um die Synchronisation der Erwerbsverläufe der Ehepartner und des Familienverlaufes geht. So gesehen sind „junge“ Familien nicht nur bei der Erzielung von Einkommen für den Lebensunterhalt relativ benachteiligt, sondern langfristig auch bei der Bildung von Privatvermögen (Bundesregierung 2001: 56-59). Darüber hinaus verschulden sich Familien oftmals in ihrer Gründungs-, Aufbau- und Stabilisierungsphase. Wenn diese Verschuldung in eine Überschuldung übergeht, die Zahlungsverpflichtungen nicht mehr eingehalten werden können, dann droht in der Regel Unterversorgung und Armut mit all ihren abträglichen Konsequenzen für die Eltern und ihre Kinder. Dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001) zufolge ist die Überschuldung in Westdeutschland zwar seit 1997 rückläufig, aber in Ostdeutschland verschärft sie sich. Insbesondere die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland dürfte zu dieser Entwicklung beigetragen haben, die vor allem Familien in finanzielle Nöte bringt (Becker/Nietfeld 1997). So haben Familien als die stärkste Gruppe überschuldeter Haushalte die Einpersonenhaushalte abgelöst. „Während 1994 noch in gut der Hälfte der über-

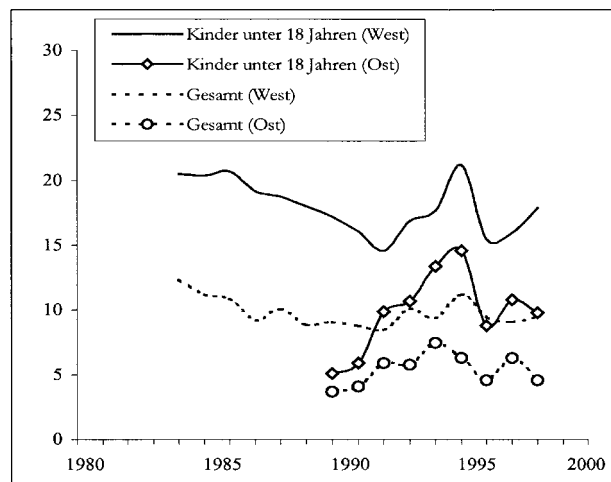
schuldeten Haushalte Kinder lebten, belief sich 1999 der Anteil der überschuldeten Haushalte mit Kindern in Ost- wie Westdeutschland auf rund 43 Prozent“ (Bundesregierung 2001: 69).

## 2.2 Armutsrisiken von Kindern und ihr Verbleib in Einkommensarmut

Wenn Familien in Armut leben, dann haben häufig die minderjährigen Kinder unter dieser Mangellage zu leiden. Erst in letzter Zeit liegen detaillierte Informationen über das Ausmaß von Kindern in Armut vor (Joos 1997). In Schaubild 2 ist die Entwicklung der Armutsquoten von Kindern in beiden Teilen Deutschlands dargestellt (Weick 1999).

Schaubild 2:

Quoten relativer Einkommensarmut von Kindern in der Bundesrepublik Deutschland 1984-1998\*



\* Anteile an den jeweiligen Altersjahrgängen

Quelle: Weick (1999) und Zusatzberechnungen von Weick

\* Anteile an den jeweiligen Altersjahrgängen

Quelle: Weick (1999) und Zusatzberechnungen von Weick

Demnach sind Kinder überproportional höheren Armutsrisiken ausgesetzt als die Gesamtbevölkerung. Im Durchschnitt gesehen sind sie bei den west- und ostdeutschen Kindern doppelt so hoch wie für die restliche Bevölkerung. Während im Jahre 1984 rund 12 Prozent der westlichen Bevölkerung arm waren, lebten rund 21 Prozent der minderjährigen Kinder in Westdeutschland in Armut. Ihr Anteil an ihren Altersjahrgängen sank bis auf 15 Prozent im Jahre 1992, stieg bis 1995 auf mehr als 21 Prozent an und betrug im Jahre 1998 noch 18 Prozent. Im Vergleich dazu waren im Jahre 1990 gerade 5 Prozent der minderjährigen Kinder in Ostdeutschland arm; bis zum Jahre 1995 stieg ihr Anteil auf fast 15 Prozent und lag im Jahre 1998 noch bei fast zehn Prozent.<sup>6</sup>

Darüber hinaus sind minderjährige Kinder nicht nur von einmaliger oder gelegentlicher Einkommensarmut ihres Elternhauses betroffen, sondern auch dem Risiko ausgesetzt, längere Zeit in Armut zu leben (siehe Tabelle 6). Während ungefähr jeder zehnte Erwachsene in Westdeutschland zwischen 1991 und 1995 permanent in Einkommensarmut lebte, so war nahezu jedes fünfte minderjährige Kind (19,6 Prozent) von permanenter Einkommensarmut der Eltern betroffen.

In ähnlichem Ausmaß erfuhren sie persistente Armut im Elternhaus. Auch in Ostdeutschland müssen minderjährige Kinder mit permanenter sowie persistenter Armut Bekanntschaft machen. In dieser Hinsicht sind die Erfahrungen der Kinder in West- und Ostdeutschland sehr ähnlich.

Tabelle 6:  
Häufigkeit des Auftretens von Einkommensarmut bei Kindern  
1991-1995\*

	einmalig	gelegentlich	chronisch	persistent	permanent
<b>Ostdeutsche Länder</b>					
Gesamt	53,9	23,1	9,7	13,2	
unter 18 Jahre	46,6	24,2	11,2	18,0	
über 18 Jahre	57,3	22,6	9,1	11,0	
<b>Westdeutsche Länder</b>					
Gesamt	39,5	23,1	7,9	16,2	13,3
unter 18 Jahre	31,9	23,1	4,8	20,6	19,6
über 18 Jahre	42,1	23,1	9,0	14,7	11,1

\* 50%-Schwelle; gelegentlich: mehrmals einmalig, chronisch: zwei Mal hintereinander und mehr, persistent: drei Mal hintereinander (evtl. mehr) und permanent: durchgehend unter der 50%-Schwelle  
Quelle: Weick (1999: 100)

\* 50%-Schwelle; gelegentlich: mehrmals einmalig, chronisch: zwei Mal hintereinander und mehr, persistent: drei Mal hintereinander (evtl. mehr) und permanent: durchgehend unter der 50%-Schwelle  
Quelle: Weick (1999: 100)

### 3 Armutserfahrungen im Kindesalter und Konsequenzen für Kinder?

#### 3.1 Kurzfristige Konsequenzen

Bei Fragen nach den Konsequenzen für Kinder müssen analytisch kurz- und langfristige Folgen unterschieden werden. Die Konsequenzen eingeschränkter ökonomischer Ressourcen betreffen Familien als Systeme und führen dort zu unterschiedlichen Anpassungsreaktionen der Einzelpersonen, welche kurz- oder langfristige Konsequenzen nach sich ziehen. Zu den kurzfristigen gehören im Wesentlichen negative Auswirkungen auf die Gesundheit, das Selbstbild und das Wohlbefinden sowie die Einschränkung der Entwicklung von Kompetenzen; zu den langfristigen zählen vornehmlich die Folgen für den Bildungsweg und damit die Chancen am gesellschaftlichen Wohlstand zu partizipieren.

**Gesundheit.** Am augenfälligsten sind Beeinträchtigungen der physischen Gesundheit. Daten des Gesundheitssurveys bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 11 bis 16 Jahren belegen, dass diejenigen 5 Prozent, die zur untersten Gruppe der sozioökonomischen Lage gehören, häufiger über Kopfschmerzen klagen, sich öfter unwohl fühlen und ihren Gesundheitszustand schlechter einschätzen als Gruppen mit besseren sozioökonomischen Ausgangsvoraussetzungen (Klocke 1996; Klocke/Hurrelmann 1998). Zum einen dürfte das Ernährungsverhalten eine Rolle spielen: Die niedrige Qualität der Ernährung, etwa weniger Obst und Vollkornbrot, hingegen mehr Chips und Pommes frites, ist der Gesundheit unmittelbar abträglich. Zum anderen sind mehrere Verhaltensaspekte auffällig. Zu den direkt gesundheitsbezogenen Verhaltenseinschränkungen, wie beispielsweise seltener die Zähne zu putzen, kommen indirekte hinzu. So führt das geringere Ausmaß an sportlicher Betätigung, verglichen mit den sozioökonomisch besser gestellten Kindern und Jugendlichen, nicht nur unmittelbar zu Einschränkungen im Wohlbefinden, sondern ist auch mit Blick auf den weiteren Lebensverlauf dieser Kinder als negativ zu bewerten. Wird dann noch bedacht, dass der Sport zu einem der wichtigsten Aktivitätsfelder moderner Kindheit geworden ist (Büchner/Fuhs 1998), wird das Ausmaß an möglicher Beeinträchtigung in doppelter Hinsicht deutlich. Diese Kinder verfügen etwa auch über auffallend geringere Sozialkontakte.

**Selbstbild und Wohlbefinden.** Soziale Vergleiche und Selbsteinordnungen anhand nicht verfügbarer Konsum- sowie Statusgüter führen häufig zu Beeinträchtigungen des Selbstwertgefühls, die ihrerseits weitere negative Prozesse in Gang setzen. Entsprechende Belege können anhand der Analyse von Schüleraufsätzen angeführt werden: So schreibt beispielsweise ein Kind: „Man hat Angst, nicht mehr dazuzugehören, wenn man nicht eine Levis oder einen Homeboy Pulli trägt, dabei sind solche Sachen gar nicht wichtig, aber da jeder das Zeug anhat, will man es natürlich auch“ (Rössel/Bertz/Siebert 1998: 92). Neben dem geringeren Selbstwertgefühl kommt es zusätzlich

zu einer negativen Einfärbung der Zukunftsperspektiven (Mansel/Brinkhoff 1998).

**Kompetenz.** Nachgewiesen werden konnten ferner Nachteile in Bezug auf die Entwicklung der kognitiven und sozialen Kompetenz der Kinder. Sie resultieren daraus, dass die in der Familie als Sozialisationsumwelt zur Verfügung gestellten Anregungspotenziale in physischer als auch sozialer Hinsicht markante Einbußen erfahren. Neben der offensichtlichen Beeinträchtigung der Bereitstellung angemessener Lernmaterialien, Spielzeug und der gemeinsamen Teilnahme an kulturellen Aktivitäten, sind zusätzliche psychische Folgen im familialen Rollen- und Zeithaushalt zu vermuten. Diese schlagen sich in elterlichen Reaktionen nieder, die von der Ebene gestörter Paarbeziehungen auf die Erziehung übergreifen und etwa in inkonsistente Erziehungsstile einmünden (Herlth/Böcker/Ossyssek 1995).

Ferner belegen mehrere amerikanische Längsschnittstudien in standardisierten Tests signifikante Einbußen der allgemeinen Intelligenz, der Sprachfähigkeit und der Schulleistungen. Dabei erwies sich vor allem die Dauer der Armut als bedeutsamer Faktor für das Ausmaß der kognitiven Defizite (Brooks-Gunn/Duncan 1997: 61).

Allerdings kann keineswegs davon gesprochen werden, dass alle Kinder gleichermaßen negativ von derartigen Armutslagen des Elternhauses betroffen sind (Becker 1998). So gibt es aus qualitativen Studien immer wieder Evidenzen dafür, dass Kinder von Alleinerziehenden, die in prekären finanziellen Lebensumständen leben, doch einen qualifizierten Berufs- oder Universitätsabschluss erreichen (Neubauer 1997). Armut wirkt sich also nicht immer in gleicher Weise negativ auf die kurz- und langfristige Entwicklung der Kinder aus. Wie kann dies rekonstruiert und erklärt werden?

Erstens kann in den seltensten Fällen von einem Kausaleffekt ausgegangen werden, der darin besteht, dass Armut und sozio-ökonomische Deprivation unmittelbar die elterlichen Bil-



dungsentscheidungen und den Bildungserfolg von Kindern bestimmen. Wenn es diesen Kausalzusammenhang gäbe, dann hätte die sozioökonomische Deprivation für alle davon betroffenen Kinder die gleichen Auswirkungen auf ihre Bildungschancen. Modellschätzungen zeigen aber vergleichsweise schwache Armuts- und Niedrigeinkommenseffekte auf Bildungsübergänge und zum anderen schwindende Armuts-effekte, wenn das Humanvermögen der Eltern und die soziale Herkunft der Kinder kontrolliert werden. Diese Befunde legen die Vermutung nahe, dass die armutsbedingte Bildungsbenachteiligung auch durch eine Verstärkung bereits vorhandener Defizite bei der Sozialisation und Bildung von Kindern zustande kommen könnte. Dann sind das bereits vorherrschende Familienklima und die vorhandenen Lebensbedingungen ausschlaggebende Faktoren für die (Re-)Produktion des kindlichen Humanvermögens. Die ungünstigen Voraussetzungen für die Kinder werden durch wirtschaftliche Verluste mit all ihren Folgeerscheinungen verstärkt.

Zweitens belegen empirische Befunde, dass elterliche Ressourcen – ihr Humanvermögen, ihr kulturelles und soziales Kapital – dazu beitragen können, eine schwierige ökonomische Lebenssituation, in der Entwicklungs- und Bildungsentscheidungen der Kinder anstehen, zu kompensieren. So halten Eltern mit einem hohen kulturellen Kapital ihre Bildungsvorstellungen trotz temporär angespannter finanzieller Lage aufrecht (Becker 1998). Denkbar ist auch, dass die Einbußen im Familienbudget so umverteilt oder durch Aktivierung des sozialen Netzwerkes so umgeschichtet werden, dass sich der bildungsbedeutsame Lebensstandard für die Kinder kaum verändert. Eltern reduzieren ihren Lebensstandard derart, dass Ausgaben für die Ausbildung der Kinder nicht berührt werden. Des Weiteren bemühen sie sich, andere abträgliche Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, Einkommensverlusten und Armut (z.B. Verschlechterung der Paarbeziehung infolge ökonomischen Stresses) von den Kindern fernzuhalten, und achten darauf, dass das Familienklima nicht beeinträchtigt wird (Nietfeld/Becker 1999).

Drittens sind es die Kinder und Jugendlichen selbst, die Folgen von Armut abzuschwächen in der Lage sind.<sup>7</sup> Es sind vor allem die personalen und sozialen Ressourcen von Kindern und Jugendlichen, die für den Prozess der Bildungsentwicklung von Bedeutung sind. Schon während des „normalen“ Prozesses des Aufwachsens werden historisch variierende Entwicklungsaufgaben bewältigt, was beispielsweise im Diktum, „vom Kind als produktivem Realitätsverarbeiter“ zum Ausdruck kommt. Jenseits dieser normalen bzw. erwartbaren Entwicklungsaufgaben müssen Kinder und Jugendliche immer wieder mit außergewöhnlichen Veränderungen, Vorfällen und Erschütterungen umgehen. Zu diesen gehört auch das permanente oder temporäre Leben in relativer Armut. „Armutsauslöser und Armutursachen“ (zum Beispiel Trennung der Eltern), die selbst scheinen in hoch- und mehrfachbelasteten Familien weniger effizient zu sein als in ‚Normalkonstellationen‘.

In vergleichbarer Art und Weise hebt die Resilienz-Forschung die aktive Auseinandersetzung mit mikro- und makrosozialen Stressoren hervor (Werner 1989). Warum entwickeln sich manche Personen trotz hoher Risiken psychisch gut? Warum bewältigen sie kritische Lebensereignisse relativ erfolgreich? Auch bei einer Kumulation von Stressoren gibt es keine zwangsläufige Logik des Einfädels in eine Risikokarriere im Lebensverlauf. Vielmehr zeigen Befunde, dass es einer Subpopulation von hochbelasteten Kindern und Jugendlichen trotz der Beeinträchtigung ihrer Entwicklungschancen gelingt, zu gesunden, kompetenten und selbstbewussten Jugendlichen und Erwachsenen heranzuwachsen (Opp et al. 1999).

Hock (2000) zeigt beispielsweise für Jugendliche bzw. junge Erwachsene, unter welchen Bedingungen sie trotz offensichtlicher entwicklungs- und erfolgshemmender Faktoren einen erfolgreichen Weg in das Berufsleben einschlagen können. Die ausführlich dokumentierten fünf Fallbeispiele präsentieren zwar unterschiedliche Ausgangsbedingungen, was die Gesamtbelastung angeht. Geteilt haben diese Jugendlichen aber alle die negative Erfahrung materieller Armut in ihrer Kindheit. Die

Fallbeispiele veranschaulichen, wie vielschichtig und facettenreich sich familiäre Armut für betroffene Kinder und Jugendliche darstellt. Sie zeigen aber auch, dass erfolgreiche Armutsbewältigung und die Bewältigung von Entwicklungsaufgaben vielfach und unter enormer Anstrengung bzw. Leistung der Betroffenen geschehen. Trotz der negativen Erfahrung materieller Notlagen konnten die Lebenschancen dieser jungen Erwachsenen gewahrt bleiben. Denn diese Kinder und Jugendlichen erfuhren zumindest in den ersten Lebensjahren (1) Sicherheit durch stabile Beziehungen und emotionale Zuwendungen. Diese Erfahrung ist – so das Resultat dieser Analyse – als eine wichtige Bedingung für eine erfolgreiche Sozialisation von armen Kindern und Jugendlichen anzusehen. Sie erlebten (2) weitgehend keine Ausgrenzung in der Familie und bei den Peergroups. Vielmehr erfuhren sie Anerkennung und Selbstbestätigung, wodurch sie mit dem materiellen Mangel und seinen Begleit- und Folgeerscheinungen umzugehen lernten. Ihnen standen (3) eine Reihe von Freizeitangeboten zur Verfügung. Sie waren durch die Teilhabe an Aktivitäten in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Vereinen und Schulen gesellschaftlich integriert. Dadurch erfuhren und erlernten sie soziale sowie kulturelle Regeln und Kompetenzen für den weiteren Lebenslauf. Die Schule als zentraler Lebens- und Erfahrungsraum war (4) für sie ein Ort der Bestätigung. Schließlich erlangen (5) manche Mädchen und Jungen durch die materiell belastende Familiensituation große Handlungs- und Gestaltungskompetenz, insbesondere bei Familienaufgaben. Viele gestalten diese Anforderungen aktiv. Mädchen allerdings meist ‚für andere‘ und Jungen meist ‚für sich selbst‘. Zu ähnlichen Befunden kommen auch Lösel und Bender (1999: 37).<sup>8</sup>

Verallgemeinernd lassen sich die folgenden Faktoren benennen (siehe Übersicht 1), die zum einen ein aktives Umgehen mit einer derartig negativen Lebenssituation ermöglichen und die Bildungs- und Lebenschancen weitgehend bewahren. Zum anderen kann aber auch das Fehlen bestimmter Faktoren die materiell beeinträchtigte Situation zusätzlich negativ beeinflussen.

**Übersicht 1:**  
**Differenzierende Faktoren des Wegs in eine erfolgreiche**  
**bzw. wenig erfolgreiche Bildungsbiografie**

<b>Fördernde, erleichternde Faktoren</b>
<b>Personenebene:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– personale Ressourcen wie kognitive Kompetenz, emotionale Stabilität, stabiles Temperament</li> <li>– Selbstakzeptanz, Selbstwert</li> </ul>
<b>Familienebene:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Stabile und verlässliche Beziehungen zu mindestens einem Familienmitglied</li> <li>– Kulturelles Kapital</li> <li>– Hohe Bildungsaspirationen</li> <li>– Elterliches Humanvermögen</li> <li>– Elterliche Teilhabe am Schulgeschehen</li> </ul>
<b>Soziale Netzwerke, Nachbarschaft:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Vorhandensein von stützenden Gleichaltrigenbeziehungen</li> <li>– Möglichkeit zu vertrauensvollen Beziehungen mit anderen Erwachsenen wie Trainern, Erziehern, Geistlichen etc.</li> </ul>
<b>Institutionelle Ebene:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Schulische Strukturen, die es ermöglichen, Armutsdefizite zu kompensieren (spezielle Angebote, Arbeitsgemeinschaften, Nachhilfeunterricht, etc.)</li> </ul>
<b>Konsequenz:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Bewältigung der Übergänge</li> <li>– Ausbildung von bildungsaffinen Arbeitshaltungen und Lernfreude über den Lebenslauf hinweg</li> </ul>
<b>Erschwerende Faktoren</b>
<b>Personenebene:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Defizite, mangelnde kognitive Ressourcen, emotionale Instabilitäten</li> </ul>

<p><b>Familienebene:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Fehlen stabiler, verlässlicher Beziehungen</li> <li>– Defizitäres kulturelles Kapital</li> <li>– niedrige Bildungsaspirationen</li> <li>– geringes Humankapital der Eltern</li> <li>– fehlende Eltern-Schule-Verbindung</li> </ul>
<p><b>Soziale Netzwerke, Nachbarschaft:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Mangel an stützenden Gleichaltrigenbeziehungen (Isolationismus)</li> <li>– Stigmatisierung und Ausgrenzung</li> <li>– Keine Möglichkeit des Aufbaus vertrauensvoller Beziehungen zu anderen Erwachsenen</li> </ul>
<p><b>Institutionelle Ebene:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Defizite in der differenziellen Behandlung</li> </ul>
<p><b>Konsequenz:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Übergangsschwierigkeiten, niedrige Formalbildung, Einmündung in beruflich vielversprechende Felder wenig wahrscheinlich</li> <li>– Ausbildung von bildungsfeindlichen Einstellungen, wenig Lernfreude, Orientierung am schnelle Gelderwerb</li> </ul>

Quelle: Eigene Darstellung aus Hock (2000); Hock/Holz (2000); Lange/Lauterbach (2000); Lösel/Bender (1999).

### 3.2 Langfristige Konsequenzen: Bildungsentscheidungen in Familien und die institutionelle Struktur des Bildungssystems

Bereits in zahlreichen Studien sind soziale Unterschiede der Bildungsbeteiligung untersucht und auch bestätigt worden (Müller/Haun 1994; Müller 1994). In jüngster Zeit werden nun diese klassischen Themen der sozialen Ungleichheitsforschung zunehmend häufiger mit den Befunden zur Armutsbetroffenheit der Kinder verbunden: Dies geschieht durch die Betrachtung von Bildungsverläufen bzw. von Schullaufbahnen, sodass die These vertreten werden kann, dass als bedeutsamste

langfristige Konsequenz vor allem Einschränkungen der Bildungschancen und -teilhabe angesehen werden können (Lange/Lauterbach 1998; Becker 1999).

Für einen solchen Zugang spricht zum einen, dass gerade die Existenz unterschiedlicher Schultypen und die nur nach dem Erreichen bestimmter Klassenstufen möglichen Wechsel von besonderer Aussagekraft hinsichtlich sozialer Selektionsprozesse sind. Ein weiteres Argument dafür, Bildungsverläufe alternativ zu erreichten Bildungsqualifikationen zu betrachten, besteht darin, dass die Zahl der Wechsel zwischen den Schularten zugenommen hat. So nahm der Anteil der Personen, die mindestens zwei Schularten nach der Grundschule besuchten, von 4,3 Prozent des Geburtsjahrganges 1919-21 auf 13,7 Prozent der Kohorte 1959-61 zu (Henz/Maas 1995, S. 610). Dies heißt jedoch nicht, dass der Zusammenhang zwischen der Schulart nach dem Wechsel in die Sekundarstufe I und dem schulischen Bildungsabschluss generell schwächer wurde – mit Ausnahme der Hauptschule. Für die Realschule und das Gymnasium hingegen ist er gegenüber den 1960er und 1970er Jahren stärker geworden (Krais 1996).

Die Wahl des weiterführenden Schultyps nach der Grundschule ist die erste in einer Kette von Bildungsentscheidungen, die vornehmlich die Eltern – in Absprache mit den Empfehlungen der Lehrer und den Vorstellungen der Kinder – fällen. Bildungsentscheidungen werden im Wesentlichen durch das Zusammenspiel gesellschaftlich geprägter Bildungsaspirationen und einer Antizipation möglicher langfristig entstehender finanzieller Kosten der jeweiligen Schullaufbahnen getroffen. Die Bildungsaspirationen als eine Komponente der Bildungsentscheidungen sind derzeit stark davon geprägt, dass in breiten Schichten der Bevölkerung, aus Gründen der für das Kind gewünschten möglichst guten Ausgangsposition im beruflichen Feld, prinzipiell hochwertige Bildungsabschlüsse angestrebt werden. Hinzu kommt das Motiv, über den Bildungserfolg und den späteren beruflichen Erfolg der Kinder soziale Anerkennung zu erreichen (Becker/Nietfeld 1999, S. 60ff). Die

Bildungsaspirationen müssen mit den verfügbaren Ressourcen der Familien in Einklang gebracht werden. Einkommensverluste nehmen dann Einfluss auf Bildungsentscheidungen. So konnte Bacher (1997) mit Daten des österreichischen Kindersurveys zeigen, dass von Einkommensarmut gefährdete Kinder, bei Kontrolle anderer Einflussfaktoren, eine signifikant höhere Sonderschulquote und eine signifikant geringere Übergangsquote auf das Gymnasium aufweisen. Anhand einer regionalen Stichprobe für Bayern belegt Schlemmer (1998) ebenfalls eine Verminderung der Chance, auf das Gymnasium überzutreten, wenn Einkommensrestriktionen in Familien mit Kindern vorliegen.

Im Folgenden geht es daher um die Bildungsverläufe von Kindern und Jugendlichen und die Konsequenzen auftretender Armutphasen beim Wechsel in die Sekundarstufe I und II. Beginnen werde ich mit der Betrachtung des Schulsystems. Charakteristisch für das mehrgliedrige Bildungssystem der Bundesrepublik ist die klare, nach Anforderungen gestaffelte Struktur der Bildungsgänge bei gleichzeitiger extremer Strukturierung (Hamilton/Hurrelmann 1993; Shavit/Müller 1998). Durch die getrennten Lehrpläne, die unterschiedlichen Schulkulturen sowie die bereits sehr früh einsetzenden unterschiedlichen Leistungsniveaus, in Verbindung mit den zu erbringenden Zertifikaten, wirkt das System äußerst hermetisch: Zeugnisse und Zertifikate gelten als Voraussetzung für den Eintritt in eine neue Stufe. Dadurch ist es kaum möglich, ohne großen Aufwand zwischen diesen Schultypen zu wechseln. Ähnlich verhält es sich bei der Wahl eines Ausbildungsberufs. So ist es schwierig, innerhalb des dualen Systems der Berufsbildung während der Lehrzeit eine andere Lehre in einem verwandten Beruf aufzunehmen. Nur durch die Beendigung des ersten Lehrberufs kann formal korrekt eine zweite Lehre begonnen werden. Das Gleiche gilt für Schulabgänger ohne Abschlusszeugnis.

Der Logik der Organisation des Schulsystems folgend, müssen mehrmals zu bestimmten Übergängen im Bildungsverlauf des

Kindes Entscheidungen über die angestrebte Bildungsqualifikation getroffen werden, sodass die letztendlich erworbene schulische und berufliche Qualifikation als ein kumulatives Resultat mehrerer Übergänge anzusehen ist. Bereits im Alter von zehn bis zwölf Jahren des Kindes, beim Wechsel von der Grundschule auf die Sekundarstufe I, müssen Eltern zum ersten Mal überlegen, welchen Schultyp ihr Kind in den nächsten Jahren besuchen soll. Beim Wechsel in den Sekundarbereich II steht dann eine weitere Weichenstellung an (Arbeitsgruppe Bildungsbericht 1994, S. 17; Henz/Maas 1995). Der Hauptschulabschluss eröffnet wenige und schwierig umzusetzende Möglichkeiten, zu einem späteren Zeitpunkt eine Fachschulausbildung, die mittlere Beamtenlaufbahn oder ein Studium anzuschließen. Anders ausgedrückt: Mit dem Übergang auf die Hauptschule im Alter von ca. zehn bis zwölf Jahren des Kindes, wird der berufliche Lebensweg weitgehend vorgezeichnet. Mit dem Übergang auf die Realschule oder das Gymnasium öffnet sich hingegen ein Spektrum von vielfältigeren Optionen. Forschungen haben gezeigt, dass Einkommensverluste in Familien dazu führen, dass langfristige Bildungsverläufe der Kinder, beispielhaft der Weg zum Abitur mit einem eventuell anschließendem Studium, zugunsten frühzeitiger Bildungsabschlüsse mit einer anschließenden Erwerbstätigkeit aufgegeben werden. Dies trifft vor allem auf Familien mit niedrigen Bildungsressourcen zu (Walper 1988, 1998). Aus den bisherigen Ausführungen lassen sich drei Argumentationslinien ableiten, die für die Analyse des Zusammenhanges von ökonomischer Deprivation in Familien und den daraus folgenden Konsequenzen für die Kinder bedeutsam sind.

Erstens ist davon auszugehen, dass sich nicht nur Benachteiligungen für Kinder, die in Armut leben, ergeben, sondern auch für jene, deren Eltern sich in 'prekären finanziellen Lebenslagen' befinden. Diese Familien zeichnen sich wesentlich durch ein sorgenbelastetes Familienklima aus, das durch ein permanent bestehendes Abstiegsrisiko in eine von Armut gekennzeichnete Lebenslage entsteht. Diese durch große Unsicherheiten gekennzeichnete Situation wirkt sich negativ auf die Kinder



aus. Deren Eltern verfügen häufig über nur geringe Möglichkeiten, Stress effektiv zu bewältigen, sodass anstehende Bildungsentscheidungen kaum hinreichend langfristig geplant werden können (Walper 1988, S. 258).

Zweitens ist zu überprüfen, ob die Dauer von Armutphasen negative Konsequenzen auf den gesamten Schulverlauf hat, oder ob sich, bedingt durch die Organisation des deutschen Schul- und Ausbildungssystems, insbesondere das zeitliche Zusammentreffen von Armutphasen mit den Wechseln auf weiterführende Schulen negativ auswirkt. Dies ist deshalb von besonderer Relevanz, da jüngere Befunde zur differenziellen Auswirkung der Dauer von Armutphasen heterogen sind. So wird zwar in amerikanischen Untersuchungen immer wieder darauf verwiesen, dass mit zunehmender Dauer von Armutphasen die negativen Konsequenzen für Kinder nachhaltiger werden (McLeod/Shanahan 1993, S. 360; Duncan/Brooks-Gunn/Klebanov 1994; Duncan/Yeung/Brooks-Gunn/Smith 1998; Buhr 1995). Die Befunde für Deutschland weisen jedoch darauf hin, dass Armutphasen häufig relativ kurz sind (Nübel 1998), wenngleich die Wahrscheinlichkeit des Wechsels in gesicherte Einkommenslagen gering ist (Nübel 1998).

Zu vermuten ist daher, dass nicht die Dauer sondern das Zusammentreffen der Übergänge in die Sekundarstufe I oder II mit der elterlichen Armutslage den gewichtigeren Faktor darstellt. Hingegen wird in Ländern, in denen ein einheitliches Schulsystem bis beispielsweise zur 10. Klasse besteht, die Dauer der Armut von entscheidenderem Gewicht sein. Die Institution des schulischen Bildungswesens erzeugt eine Eigengesetzlichkeit von Verläufen, die zum einen ausschließt, dass biografische Entscheidungen beliebig zu bestimmten Zeitpunkten getroffen werden können. Zum andern bewirkt sie, dass einmal getroffene Entscheidungen nur mit großen individuellen Anstrengungen revidiert werden können. Kraus (1996) stellt etwa für die jüngste Entwicklung fest, dass die „Haltekraft“ des Gymnasiums gegenüber den 1960er und 1970er Jahren noch zugenommen hat. Das heißt aber im Gegenzug:

Wenn der Übergang auf die weiterführende Schule nicht realisiert wird, ergeben sich starke nachteilige Effekte auf die weitere Bildungskarriere, völlig unabhängig von den tatsächlich vorhandenen kognitiven Fähigkeiten.

In Bezug auf eine Gewichtung der Übergänge in den Sekundarbereich I oder II ist es plausibel anzunehmen, dass aufgrund der am Ende der vierten Schulklasse oder der Orientierungsstufe erfolgenden Gliederung in ein dreigliedriges Schulsystem der Übergang in die Sekundarstufe I von besonderer Prägekraft ist. Für Kinder, deren Eltern zu diesem Zeitpunkt Niedrigeinkommensbezieher sind, ist die Auswirkung dieser Lebenslage langfristig besonders negativ. Hingegen ist der Wechsel in die Sekundarstufe II durch die bereits erfolgte Selektion an der Sekundarstufe I sowie durch das zunehmende Gewicht des Jugendlichen an innerfamiliären Bildungsentscheidungen weniger bedeutsam. Denn schließlich sind die zeitlichen Konsequenzen der Bildungsentscheidungen an der ersten Schwelle von größerer Tragweite als diejenigen an der zweiten Schwelle. Beim ersten Übergang wird über eine Bildungsdauer von mindestens weiteren sechs Schuljahren entschieden, beim zweiten Übergang hingegen betrifft diese nur drei Jahre. Zusammenfassend gilt also, dass im bundesdeutschen dreigliedrigen Bildungssystem dem Übergang in den Sekundarbereich I entscheidende Bedeutung zukommt. Kinder, die im Alter von ca. zehn Jahren auf die Hauptschule wechseln, haben im weiteren Schul- und Berufsverlauf in Bezug auf einen schulischen und anschließenden beruflichen Bildungsaufstieg ausgeprägte, durch die Organisation des mehrgliedrigen Bildungswesens institutionalisierte Hürden zu überwinden, was nahezu unmöglich ist.

Drittens ist zu fragen, ob sich die durch Armut und prekären Wohlstand entstandene Benachteiligung geschlechtsspezifisch auswirkt. Werden traditionelle Rollenvorstellungen in schwierigen Lebenssituationen reaktiviert? Streben die meisten Mädchen sichere berufliche Bildungswege an und weitaus weniger eine höhere, beispielsweise universitäre Ausbildung? Wählen

Mädchen in geringerem Maße eine universitäre Ausbildung, da die Möglichkeit über den Heiratsmarkt doch noch aufzusteigen, für sie relativ groß ist?

Auf der Basis der mittlerweile kaum mehr zu überblickenden Literatur zu geschlechtsspezifischen Sozialisations- und Lebensplanungsprozessen bietet sich zur Beantwortung dieser Fragen auch ein widersprüchliches Bild. Auf der einen Seite ist es nicht von der Hand zu weisen, dass Mädchen, die noch in den sechziger Jahren in das Diktum des „katholischen Arbeitermädchens vom Lande“ gefasst wurden, auf einer generellen Ebene Bildungsbenachteiligungen kompensiert haben. Auf der anderen Seite ist aber auch bekannt, dass die Umsetzung von formal gleichen Bildungstiteln in „Stelle und Macht“ immer noch den Männern besser gelingt. Häufig sind für diese selektive Umsetzung von Fähigkeiten subjektive Deutungsmuster und Lebensplanungen entscheidend. Eltern, so der Befund der Jugendforscher, sind häufig kompetente Berater in existenziellen Fragen, mit denen sich die jugendlichen Kinder immer noch häufig an sie wenden (Fend 1998). In einer sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgerichteten Untersuchung gaben so jeweils rund 80 Prozent der befragten Töchter und deren Eltern an, dass sie im Berufswahlprozess wichtig bzw. sehr wichtig sind (Hoose/Vorholt 1997, S. 35). Wenn man sich nun genauer die Berufswahlkriterien der Eltern von Töchtern ansieht, so zeigt sich, dass diese für ihre Töchter Berufe wünschen, „... die unabhängige, risikolose und befriedigende Möglichkeiten der Existenzsicherung bieten“ (Hoose/Vorholt 1997, S. 38). An erster Stelle steht mithin häufig das Kriterium der sicheren Beschäftigung und deutlich weniger ausgeprägt dasjenige der hohen beruflichen Qualifikation.

Familien, die in Armut oder prekärem Wohlstand leben, werden darauf bedacht sein, dass Mädchen eine niedrige oder mittlere Schulausbildung mit anschließender Berufsausbildung absolvieren: Eine mögliche schulische Höherqualifikation durch Erreichen der allgemeinen Hochschulreife verliert an Relevanz und die Sicherheit spendende und finanziell exis-

tenzsichernde Berufswahl gewinnt an Bedeutung. So sind es gerade Väter, die häufig dafür plädieren, dass eine mittlere Schul- und Berufsqualifikation für Töchter ausreicht, um „... einerseits die Zeit bis zur Heirat zu überbrücken, andererseits einem gebildeten Ehemann intellektuell gerecht zu werden und im Falle eines zu geringen Verdienstes im Notfall zeitweise mitverdienen zu können“ (Rodax/Rodax 1996, S. 170). Die Berufswahl von Jungen hingegen wird meines Erachtens weniger von diesen Überlegungen betroffen. Die Ausbildung der Jungen wird 'ernster' genommen und auch stärker unterstützt als die von Mädchen und damit auch weniger von einer Belastungssituation berührt.

Für Westdeutschland zeigen nun die Befunde der letzten Jahre, dass sich Armut markant auf die Bildungschancen der Schulkinder auswirkt (Lauterbach/Lange 1998). Vor allem beim Übergang in den Sekundarbereich I entscheiden sich Eltern häufig gegen die länger andauernde und damit teure Bildungslaufbahn ihres Kindes und zugunsten eines niedrigeren Bildungsabschlusses (Tabelle 7).

Familien, die in relativer Einkommensarmut leben, entscheiden sich häufiger dafür, ihre Kinder auf die Hauptschule zu schicken. Dies trifft insbesondere für Mädchen zu. Aber selbst noch Familien, die sich in prekären Einkommenslagen befinden – also ein Einkommen geringfügig oberhalb der Armutsgrenze haben – entscheiden sich häufiger für die Hauptschule als Familien in gesicherten Wohlstandsverhältnissen. Unter Kontrolle familialer Ressourcen und des Familienklimas haben arme Kinder eine um 19 Prozent geringere Chance auf die Realschule und sogar eine um 52 Prozent geringere Chance auf das Gymnasium zu wechseln als Kinder im gesicherten Wohlstand.<sup>9</sup> Ähnliche Größenordnungen für beeinträchtigte Bildungschancen wurden für Kinder im prekären Wohlstand festgestellt (Lauterbach/Lange 1998). Dieser Befund trifft auch für den Wechsel in die Sekundarstufe II zu (vgl. Tabelle 7). Durchgängig gilt, dass Kinder und Jugendliche in Armut mit einer höheren Wahrscheinlichkeit nicht auf eine weiterführende Schule wechseln.

**Tabelle 7:**  
**Bildungsübergänge in den Sekundarbereich I und II (West-**  
**deutschland, 1984-1995, Abstromprozent)**

	gesicherter Wohlstand		prekärer Wohlstand		in Armut lebend	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
<b>Sekundarbereich I</b>						
Grundschule – Hauptschule	43,9	33,3	58,4	55,7	63,6	80,4
<b>Sekundarbereich II</b>						
Hauptschule – keine Lehre	5,6	14,5	11,3	19,2	17,0	19,9
10. Klasse Realschule/Gymna- sium – Lehre	40,9	49,1	63,0	60,7	44,0	58,1
10. Klasse Realschule/ Gymnasium – keine Lehre	2,2	2,1	–	3,6	8,0	3,2

Quelle: Sozioökonomisches Panel (DIW, Berlin): Welle 1-12 (West), eigene Berechnungen

Lesehilfe: Von Jungen, die in Armut leben und sich beim Wechsel von der Grundschule in die Sekundarstufe I befinden, gehen 63,6 Prozent auf die Hauptschule und nur 36,4 Prozent besuchen die Realschule oder das Gymnasium (100-63,6). Dies sind 44,8 Prozent mehr als bei den Jungen, die in gesicherten finanziellen Lebensverhältnissen leben.

Im Unterschied zu amerikanischen Studien zeigen Befunde für beide Teile Deutschlands, dass der Einfluss der Dauer der sozioökonomischen Deprivation geringer ist als die sozioökonomischen Bedingungen des Familienhaushalts unmittelbar vor dem Übertritt auf die weiterführende Schulstufe. Aufgrund der Struktur des deutschen Bildungssystems sind eher die sozioökonomischen Bedingungen des Familienhaushalts zum Zeitpunkt des Übertrittes oder kurz vor dem Übertritt in die weiterführende Schulstufe ausschlaggebend. So wirkt sich das Zusammentreffen von Armut und der zeitlichen Phase, in der eine Bildungsentscheidung getroffen werden muss, deutlich negativ auf die Bildungschancen aus. Haben hingegen Kinder

erst einmal den Übergang in eine weiterführende Schule geschafft, so wirkt sich eine danach auftretende prekäre Einkommenslage kaum noch auf die weiteren Bildungsaspirationen der Eltern aus.

Auch für Ostdeutschland sind deutliche Auswirkungen von Armut oder prekärem Wohlstand auf die elterlichen Bildungsentscheidungen, die schulischen Leistungen ihrer Schulkinder und damit auf ihre Bildungschancen nachzuweisen (vgl. Tabelle 8). Eltern, die sich in einer prekären finanziellen Lebenslage befinden, entscheiden sich bei der Frage nach der schulischen Bildungsqualifikation ihrer Kinder allenfalls für die Realschule, viel wahrscheinlicher jedoch für die Hauptschule. Als arm zu bezeichnende Eltern schicken ihre Kinder fast ausschließlich auf die Hauptschule als weiteren Bildungsweg. Zwar suchen arme Eltern hauptsächlich für ihr Kind die Hauptschule aus dem Bildungsangebot aus, aber im Unterschied zu Westdeutschland verbleiben vornehmlich die Jungen in der untersten Schullaufbahn, während die Mädchen eher auf die Realschule wechseln.<sup>10</sup> Geschlechtsspezifisch betrachtet, sind insbesondere Jungen stärker benachteiligt als Mädchen. So wechseln mit 36 Prozent, dreimal so viele Mädchen in relativer Einkommensarmut auf das Gymnasium wie Jungen. Nur jeder zehnte arme Junge wechselt auf diese höchste Schullaufbahn, während dreimal so viele der im gesicherten Wohlstand lebenden Jungen auf das Gymnasium gehen. Die hohen Bildungsaspirationen ostdeutscher Eltern zeigen sich auch bei denen, die im prekären Wohlstand leben. Sie versuchen – im Unterschied zu den armen Eltern in Westdeutschland – wenigstens die Lebenschancen ihrer Kinder dadurch zu bewahren, indem sie diese auf die Realschule schicken.

Neben allen Unterschieden in den Auswirkungen von Armut auf Bildungsübergänge am Ende der Grundschule gibt es auch Gemeinsamkeiten in den beiden Teilen Deutschlands. Bei Kontrolle der Ressourcen des Elternhauses, der Klassenlage und des Familienklimas reduziert sich die Chance von armen Kindern in Ostdeutschland, auf die Realschule zu wechseln, um

**Tabelle 8:**  
**Bildungsübergänge in den Sekundarbereich I und II (Ost-**  
**deutschland, 1991-1995, Abstromprozent)**

	gesicherter Wohlstand		prekärer Wohlstand		in Armut lebend	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
<b>Sekundarbereich I</b>						
Grundschule – Hauptschule	16,5	10,6	20,0	21,6	48,0	9,1
Grundschule – Realschule	53,4	38,9	71,4	62,2	40,0	54,5
Grundschule – Gymnasium	30,1	50,5	8,6	16,2	12,0	36,4
<b>Sekundarbereich II</b>						
Hauptschulabschluss	12,1	8,0	34,5	22,7	33,3	20,0
Mittlere Reife	60,0	48,9	44,8	59,1	63,0	60,0
Gymnasiale Oberstufe	27,9	43,1	20,7	18,2	3,7	20,0

Quelle: Sozioökonomisches Panel (DIW, Berlin): Welle 1-6 (Ost) – eigene Berechnungen

Lesehilfe: Von allen in Armut lebenden Jungen wechselten am Ende der Grundschulzeit 48 Prozent auf die Hauptschule, 40 Prozent auf die Realschule und 12 Prozent auf das Gymnasium. Von allen armen Mädchen im Alter von 15 bzw. 16 Jahren schlossen 20 Prozent ihre Schulausbildung mit der Hauptschule ab und 60 Prozent erwarben den Realschulabschluss. Rund 20 Prozent dieser armen Mädchen, die in den Sekundarbereich II wechselten, gingen in die gymnasiale Oberstufe.

fast 60 Prozent gegenüber den wohlhabenderen Kindern. Ostdeutsche Kinder in Armut oder prekärem Wohlstand haben eine 50 Prozent geringere Chance, auf das Gymnasium zu wechseln. Für Jugendliche nach dem Übergang in die Sekundarstufe I hat sich der abträgliche Einfluss von Armut auf ihre Bildungschancen abgeschwächt. Wie für Westdeutschland zeigt sich aber, dass sie deutlich schlechtere Chancen haben, den höheren Bildungsweg bis zum Abitur einzuschlagen (Becker/Lauterbach 2002). Jedoch verschwinden in Ostdeutschland die Armutseffekte für die Übergänge in die Sekundarstufe I oder II, wenn die Klassenlage des Elternhauses be-

rücksichtigt wird. Hierbei werden die bekannten Herkunftseffekte für den Übergang auf die mittlere und höhere Schulbahn sichtbar.

#### 4 Entsteht durch Armut eine Unterklasse?

Nun komme ich zu einer gewichtigen Frage. Kommt es trotz des beschriebenen Anstieges der in Armut Lebenden und der Besorgnis erregend erscheinenden Verschiebung der Altersarmut auf eine Kindes- und Jugendarmut zur Herausbildung einer Unterklasse? Diese Frage versuche ich im Folgenden anhand von drei relevanten Kriterien zu beantworten.

Der Begriff der „underclass“, im Deutschen der „Unterklasse“, als gegenwärtig in der sozialpolitischen und wissenschaftlichen Diskussion häufig verwendetes „neues“ soziologisches Konzept, verdankt sich veränderten gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Perspektiven. Diese resultierten aus der Erkenntnis, dass, wie es Burkart Lutz nannte, seit dem Beginn der 1980er Jahre, die Vorstellung einer immer währenden Prosperität tatsächlich nur ein kurzer Traum in der Nachkriegsentwicklung Deutschlands war.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Frage nach den Auswirkungen von Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit und der Abkopplung von gesellschaftlichen Normalitätsstandards wieder an Bedeutung gewinnt und der Begriff der Unterklasse, aus den Untersuchungen von William James Wilson über den Anstieg und die Lebensweise der amerikanischen Armen in den östlichen Großstädten, Eingang in die gesellschaftspolitische Debatte findet. Allerdings ist dieser Begriff bislang mehrdeutig. Und beim gegenwärtigen Diskussionsstand erscheint es vielmehr angemessen, ihn als eine „Metapher der sozialen Transformation“ zu verstehen, als ihn als einen feststehenden, klar definierten Begriff aufzufassen. In Anlehnung an Konzepte sozialer Ungleichheit lassen sich zwei theoretische Vorstellungen in diesem Begriff finden:



Erstens wird das herkömmliche vertikale Klassen- und Schichtungsbild der Gesellschaft um eine zusätzliche Dimension erweitert: Die Dimension der Unterklasse. Die konventionelle, über das Erwerbssystem vermittelte Klassen- und Schichtzugehörigkeit wird ergänzt um eine weitere Dimension, die wesentlich ihre Bedeutung aus der Nicht-Zugehörigkeit zum Erwerbssystem bezieht. Was, wie viele Sozialwissenschaftler betonen, in einer Erwerbsgesellschaft einer Marginalisierung dieser Personen gleichkommt. Das Konzept einer Unterklasse spitzt also den Gedanken zu, dass es eine soziale Spaltungslinie, einen „cleavage“ gibt, die nicht in das traditionelle Schichtungsgefüge passt. Immer mehr Menschen werden an den Rand gedrängt oder aus dem Beschäftigungssystem herausgedrängt und verlieren den Zugang zu einer relativen Wohlstandsposition der Mehrheit der Bevölkerung. Der Begriff der Unterklasse verweist auf eine hierarchisch gegliederte Gesellschaft, die zusätzlich zu der über den Arbeitsmarkt bestehenden Klassenstruktur eine weitere Klasse beinhaltet, die noch unterhalb der Erwerbsklassen angesiedelt ist und eine fixierte soziale Lebensweise und -lage am unteren Ende beinhaltet.

Zweitens: Mit dem Ausschluss aus dem Erwerbssystem wird ferner der Gedanke der Exklusion gestärkt. Exklusion und der Gegenbegriff der Inklusion verweisen auf den durch die Nichtbeteiligung am Erwerbsleben entstehenden Ausschließungsprozess. Gesellschaftliche Exklusion bedeutet im allgemeinsten Sinn den Ausschluss von Teilhabemöglichkeiten am sozialen Leben. Im engeren Sinne bedeutet Exklusion die Auflösung sozialer Bindungen und die Reduzierung der sozialen Beziehungen auf den Kreis der Benachteiligten.

So gesehen gewinnt die Unterklasse ihre spezifische Bedeutung durch den Bezug auf das Gegenbild, durch die normativen Vorstellungen darüber, was Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft ausmacht. Einschließung impliziert die langfristige, auf die Zukunft gerichtete Partizipation am Erwerbsleben, basierend auf der normativen Orientierung, ohne sozialstaatliche Institutionen und Regelungen am gesellschaftlichen Leben teil-

zunehmen. Dies drückt sich etwa in der gesellschaftlichen Anerkennung der Erwerbsarbeit aus, der zeitlichen und alltäglichen Teilhabe am Rhythmus des Arbeitslebens, der Identität stiftenden Bedeutung der Erwerbsarbeit, der bestehenden Möglichkeit am Konsum teilzunehmen und vielem mehr.

Exklusion meint also den langfristigen Ausschluss sowie die Blockierung traditioneller Aufstiegswege. Ferner, ganz im Sinne des klassentheoretischen Kontinuitätsarguments, dass eine Übertragung der Benachteiligung der Eltern auf die Kinder besteht, die Unterklasse demzufolge generationsübergreifend geschlossen ist. In Anschluss an Wilson kann also kurz formuliert werden: Die Mitglieder der Unterklasse sind in bedeutenden Dimensionen des sozialen Lebens von den generell akzeptierten und gewünschten Standards ausgeschlossen. Eine Unterklasse besteht vereinfacht ausgedrückt dann, wenn die Mitglieder in einer lang andauernden, marginalisierten Einkommensposition leben, aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen und deren Kinder davon betroffen sind (Kronauer 1998: 55).

Im Folgenden wird nun anhand dieser drei Kriterien überprüft, ob in Deutschland gegenwärtig eine Unterklasse existiert. Erstens: Eine Unterklasse bildet sich nur dann, wenn die ökonomische Benachteiligung langfristig über Jahre besteht.

Ein wesentliches Ergebnis der neueren dynamischen Armutsforschung der 1980er und 1990er Jahre besagt nun, dass Armut häufig ein temporäres Phänomen ist, sich also eine beträchtliche Anzahl von Personen für einen relativ kurzen Zeitraum in als arm oder prekär geltenden Lebenslagen aufhält. So wurde beispielsweise für den Beginn der 1990er Jahre nachgewiesen, dass der Anteil derjenigen, die den Status der Armut nach einem Jahr wieder verlassen ca. 42 Prozent und nach weiteren vier Jahren nochmals ca. 50 Prozent beträgt (Krause 1994: 193; Habich/Headey/Krause 1991: 495). Nach ungefähr acht bis neun Jahren haben also mehr als 90 Prozent die als arm zu kennzeichnende Einkommenslage wieder verlassen.

Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt eine lokale Armutsstudie: Leibfried/Leisering (1996: 80) weisen darauf hin, dass 64 Prozent der Sozialhilfeempfänger in Bremen nur in einem Zeitraum von ein bis drei Jahren Sozialhilfe bezogen. Nur die wenigsten Familien waren kontinuierlich länger als fünf Jahre arm. Auch im Datenreport 1997 werden ähnliche Befunde berichtet. In den Jahren 1984 bis 1989 galten in Westdeutschland ca. 27 Prozent der Bevölkerung als arm, in den Jahren 1990 bis 1995 waren dies ca. 23 Prozent. Davon war aber der größere Teil nur ein oder zwei Jahre arm: In den 80er und 90er Jahren waren dies ca. 60 Prozent. Dauerhaft arm hingegen war nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung, jeweils nur ungefähr 15 Prozent (Datenreport 1997: 521).

Zwar zeigen Studien auch, dass die Mobilität aus Niedrigeinkommenslagen heraus für viele Haushalte keinen wesentlichen Einkommensanstieg in eine gesicherte Wohlstandsposition bedeutet, denn Sprünge über mehrere Einkommensgruppen sind nur äußerst selten zu beobachten (Featherman/Selbee 1988; Müller/Frick 1997). Wenn Familien und deren Kinder die Gruppe der Armen verlassen, so steigt ihr Einkommen häufig nur geringfügig an. Ein 'Aufstieg' vollzieht sich oftmals nur in finanziell prekäre Bereiche, in denen häufig ein permanentes Abstiegsrisiko bestehen bleibt. Dies ist auch daran ablesbar, dass gerade die Bevölkerungsgruppe, die ein Einkommen geringfügig über der Armutsgrenze aufweist, seit den 1980er Jahren quantitativ stark zugenommen hat (Bieback/Milz 1995). Setzt man eine relative Einkommensgrenze bei 60 oder 65 Prozent und nicht bei 50 Prozent, so steigt der als arm zu bezeichnende Bevölkerungsanteil um mehr als das Doppelte an (McFate/Smeeding/Rainwater 1995; Hübinger 1996; Hauser 1999: 141).

Aber trotzdem kann die vermeintliche Volksweisheit „Einmal arm, immer arm“ nicht bestätigt werden, sie ist weitgehend unzutreffend und entbehrt empirischer Evidenz. Vielmehr ist eine hohe Fluktuation in den Armutslagen zu konstatieren. Diese überaus große Mobilität lässt den Schluss zu, dass Ar-

mut in Deutschland kein dauerhaftes Phänomen einer Randgruppe ist, sondern dass es offensichtlich große Bevölkerungsgruppen gibt, die nur temporär vom Wohlstand abgekoppelt sind. Durch diese hohe Fluktuation wird verhindert, dass die in Armut lebenden Personen und Haushalte eine randständige Unterklasse bilden. Allenfalls lassen sie sich als negativ privilegierte Versorgungsklasse bezeichnen.

Kommen wir nun zur zweiten These, dass sich eine Unterklasse nur dann herausbildet, wenn eine Abkopplung vom Erwerbssystem besteht. Befunde zur Frage der Erwerbsbeteiligung der zur Gruppe der Armen zu rechnenden, finden sich in der Wissenschaft recht selten. Die wenigen und unsystematischen Studien zeigen aber das folgende Bild.

Von den über das relative Einkommensmaß gemessenen Armen sind ungefähr 46 Prozent nicht am Arbeitsmarkt beteiligt, sie sind demnach nicht erwerbstätig und beziehen auch keine Arbeitslosenunterstützung (52 Prozent im Westen und 25 Prozent im Osten). 20 Prozent sind in Gesamtdeutschland arbeitslos gemeldet. In den neuen Bundesländern waren dies etwa ein Drittel und in den alten Ländern ungefähr 15 Prozent. Und immerhin 30 Prozent sind erwerbstätig und trotzdem als arm zu klassifizieren (33 Prozent im Westen und 40 Prozent im Osten).

Werden jüngere und ältere Personen aus der Betrachtung ausgeschlossen, die in höherem Maß nicht mehr oder noch nicht am Arbeitsmarkt beteiligt sind und konzentrieren wir uns auf die 25- bis 55jährigen, so zeigt sich noch augenscheinlicher, dass der größte Anteil der Armen nicht vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen ist und zwar in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen. Insgesamt sind in dieser Altersgruppe nahezu 45 Prozent erwerbstätig, 25 Prozent arbeitslos und nur 32 Prozent nicht am Arbeitsmarkt beteiligt (Strengmann-Kuhn 1997: 120f). Dabei sind deutlich mehr Personen in Westdeutschland aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Dies sind 40 Prozent und in Ostdeutschland sind dies nur 12 Prozent. Das für den Begriff der Unterklasse bedeutsame Kriterium der Ausgrenzung

aus dem Arbeitsmarkt trifft den einfachen deskriptiven Befunden nach nicht für die Mehrheit der Armen zu. Annähernd 70 Prozent der im Alter zwischen 25 und 55 Jahren sind durch Erwerbstätigkeit und den Bezug von Arbeitslosenunterstützung am Arbeitsmarkt integriert. Nur 30 Prozent sind dies nicht.

Differenziert man die Ergebnisse nach Personengruppen und fragt, welche Personen denn nun aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, so zeigt sich das folgende Bild. Für die aus dem Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen gilt für Ost- und Westdeutschland weitgehend gleichermaßen, dass diese überdurchschnittlich häufig keine Berufsausbildung haben und keinen oder nur einen niedrigen schulischen Abschluss aufweisen. Ferner wird ersichtlich, dass in Westdeutschland der hohe Anteil nicht Erwerbstätiger in der bereits genannten Alterskategorie Frauen sind. Es sind vornehmlich Frauen, die als Alleinerziehende dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, oder die in Paarkhaushalten, mit oder ohne Kinder, eher der klassischen Rolle der Hausfrau nachgehen.

Man kann also nicht eindeutig sagen, dass der größte Teil der Armen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht. Und die in den Arbeitsmarkt integrierten, die trotz Erwerbstätigkeit als arm zu bezeichnen sind, lassen sich häufig dadurch kennzeichnen, dass ein hoher Anteil jünger als 25 Jahre ist und eine hohe Bildung hat. Über 65 Prozent haben Abitur und mindestens eine Berufsausbildung. Man kann also davon ausgehen, dass ein Großteil der Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich nur in jungen Jahren temporär als arm zu bezeichnen ist.

Insgesamt zeigen die Befunde, dass der geringere Teil der Armen nicht am Arbeitsmarkt beteiligt ist. Und dass auch das Phänomen der „working poor“, also derjenigen, die trotz Erwerbstätigkeit als arm gelten, keinen Umstand darstellt, der darauf schließen lässt, dass sich diese Benachteiligung langfristig verfestigt. Gleichwohl bleibt die kleine Gruppe der langfristig Ausgeschlossenen bestehen.

Damit bin ich beim dritten Argument. Bildet sich bis in die Gegenwart in den letzten Jahren eine Unterklasse durch die generationsübergreifende Vererbung von Armut? Kommt es zu sozialer Schließung? Diese Frage ist deshalb so bedeutsam, da, wie bereits zu Anfang ausgeführt, ein zunehmender Anteil an Kindern von Armut betroffen ist. Es sind die Kinder aus Familien von Alleinerziehenden und häufig Familien mit drei und mehr Kindern. Wenn also zunehmend Kinder von Armut betroffen sind, so stellt sich unweigerlich die Frage, ob das – wenn auch für viele nur temporäre – Verbleiben in dieser prekären Lebenslage Konsequenzen für deren Bildungserwerb und damit die Platzierung im gesellschaftlichen Ungleichheitssystem hat.

Untersuchungen zeigen, dass sich eine Lebenssituation in Armut auf die Bildungsqualifikation der Kinder sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern gleichermaßen negativ auswirkt. Vor allem an der Schwelle von der Grundschule in die Sekundarstufe I bedeutet dies eine Kanalisierung in Richtung Hauptschule, dies vor allem für Mädchen. Für sie steigt das Risiko, auf die Hauptschule zu wechseln und nicht auf die Realschule oder das Gymnasium, um annähernd 300 Prozent an, für Jungen nur um 50 Prozent.

Beim Verlassen der Sekundarstufe I wirkt sich Armut für beide Geschlechter aus. Sowohl Jungen als auch Mädchen haben offensichtlich geringere Wahrscheinlichkeiten, eine qualifizierte berufliche Ausbildung zu absolvieren als Kinder in finanziell gesicherten Lagen. Jungen und Mädchen, deren Eltern in Armut leben, beginnen weitaus häufiger als Ungelernte mit einer Erwerbstätigkeit, als dass sie eine qualifizierende Ausbildung anfangen. Die Einkommenschancen im späteren Leben der Kinder werden daher während ihrer gesamten Erwerbsphase merklich schlechter sein, als bei denjenigen, die eine qualifizierte Ausbildung oder ein Studium absolvieren. Ebenso erhöht sich damit die Wahrscheinlichkeit, dass die jungen Erwachsenen in unqualifizierten Teilarbeitsmärkten beschäftigt werden. Insbesondere zeigt sich, dass Hauptschüler benachteiligt sind.

Nicht nur, dass sie den niedrigsten Schulabschluss erwerben, sie haben zusätzlich die höchste Wahrscheinlichkeit auch ohne Ausbildung als Ungelernte in den Arbeitsmarkt einzutreten. Zusätzlich gibt es Hinweise dafür, dass Armut und finanzielle Deprivation vor allem in unteren Bildungs- und Sozialschichten auftreten (Hanesch et al. 2000).

Würde man schichtspezifische Armuts- und Deprivationsrisiken nicht berücksichtigen, würde man die bildungsspezifische Benachteiligung der Kinder fälschlicherweise auf die finanzielle Lage der Familie zurückführen, obwohl dafür möglicherweise ausschließlich die klassenspezifische Bildungsentscheidung ausschlaggebend ist (Becker/Lauterbach 2002). Angesichts reduzierter ökonomischer Ressourcen werden demnach Einschränkungen in den Ausgaben für den Bildungserwerb vorgenommen (Ulbricht et al. 1995: 131). Insbesondere bei länger andauernden Einkommenseinbußen werden anteilige Ausgaben für Bildung und Kultur zugunsten der Ausgaben für Ernährung und Wohnung verringert, was beispielsweise auch heißen kann, dass in eine anregungsärmere Wohnumwelt gewechselt werden muss. Ist der Nutzen von langfristigen Investitionen in die Bildung von Kindern ungewiss, werden bei prekären Einkommenslagen, Armut und dauerhafter sozioökonomischer Deprivation kurze und scheinbar sichere Bildungslaufbahnen vorgezogen (McLoyd 1989: 299; Silbereisen/Walper 1989: 545). Vor allem bei Eltern mit niedriger Bildung oder in Haushalten aus niedrigen Sozialschichten beobachtet man armutsbedingt reduzierte Bildungsaspirationen (Becker 1998, 1999; Becker/Nietfeld 1998).

## 5 Zusammenfassung

Die gegenwartsorientierte, in den letzten 20 Jahren entstandene Armutsforschung konnte nachweisen, dass Armut und finanziell prekäre Lebenssituationen auch in der gegenwärtigen Gesellschaft in ca. 10 – 15 Prozent der Bevölkerung anzutreffen sind. Allerdings ist dabei anzumerken, dass die Herausbil-

derung einer geschlossenen gesellschaftlichen Großgruppe im Sinne einer Unterklasse nicht angemessen erscheint. Ebenso nicht der Begriff der Zweidrittelgesellschaft, in der die oberen zwei Drittel bewusst eine auf Dauer, in einer bestimmten Einkommenslage befindlichen Gruppe in Kauf nehmen.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass es für die Bundesrepublik vielmehr angemessen erscheint, von einer hohen Mobilität in Armut hinein und aus Armut heraus, auszugehen. Hinsichtlich der Dauer des Bezugs von Sozialhilfe kann gezeigt werden, dass der größte Teil Sozialhilfe nur für eine kürzere Dauer bezieht. Was die Spaltung vom Arbeitsmarkt betrifft, so zeigen sich ähnliche Befunde. Viele Arme sind nach den bisherigen Befunden nicht völlig vom Arbeitsmarkt getrennt.

Ein Großteil ist sogar erwerbstätig oder arbeitslos. Ebenso kann in Bezug auf das dritte Argument, der Perpetuierung von Armut auf die nächste Generation durch die Versperrung der Möglichkeit, einen qualifizierten Schul- und Berufsabschluss zu erwerben, nicht einhellig gefolgt werden. Es kann also kaum davon ausgegangen werden, dass Armut ein statisches, auf Dauer angelegtes Phänomen ist. Vielmehr kann aus den Befunden das Ergebnis gefolgert werden, dass Armut häufig im Lebenslauf nur ein temporäres Phänomen ist. Eine strukturelle Abspaltung und Verfestigung einer Klasse im Sinne einer Unterklasse findet nicht statt. Einmal arm – immer arm, scheint nicht zu gelten.

Man kann mit diesen Befunden zufrieden sein und gesellschaftspolitisch „Entwarnung“ geben und Personen über derartige prekäre Lebenslagen durch sozialstaatliche Transferzahlungen hinweghelfen. Man könnte sogar, wie es John Kenneth Galbraith formuliert hat, soweit gehen zu behaupten, dass für eine Gesellschaft ein funktionaler Bedarf nach einer Gruppe von Menschen besteht, auf die gesellschaftliche Kosten des Umbaus und der Neustrukturierung des Arbeitsmarktes abgewälzt werden können. Diesem Argument, dass in einer Gesellschaft der Bedarf eines Puffers für den gesellschaftlichen Umbau notwendig ist, kann soweit Folge geleistet werden, als die-



ser Puffer sich tatsächlich nur über wenige Monate in wenigen Fällen über ein oder zwei Jahre erstreckt.

Er wird aber unter zwei Aspekten fragwürdig und damit bin ich beim Wermutstropfen, der trotz aller Befunde der dynamischen Armutforschung bestehen bleibt: Erstens, wenn die kurzfristige prekäre Lebenslage auf Dauer gestellt wird. Es bleibt natürlich ein geringer Teil an Personen, trotz aller Dynamik am Arbeitsmarkt und aller Zu- und Abgänge aus dem Sozialhilfebereich langfristig arm. Man denke nur an die noch negativer betroffenen Obdachlosen. Dies sind in den 1990er Jahren immerhin auch 700.000 Personen. Ferner denke man an diejenigen, die sich trotz eines Anspruchs auf Unterstützung nicht beim Sozialamt melden. Also diejenigen, die langfristig in verdeckter Armut leben. Zweitens, wenn, wie ich hier zeigen konnte, Kinder davon betroffen sind.

Denn die Ergebnisse hier zeigen, dass von starken Einkommensreduktionen der Eltern, selbst wenn sie nur von kurzer Dauer sind, Kinder derart betroffen sind, dass sie zwar nicht aus dem Schulsystem herausfallen, dass sie jedoch eine merklich höhere Wahrscheinlichkeit haben, eine niedrige schulische und berufliche Qualifikation zu erwerben. Armut perpetuiert sich also zu gewissen Teilen. Die Bildung einer Unterklasse könnte so gesehen nicht intragenerational stattfinden, sondern intergenerational. Dies könnte langfristig zur Abkoppelung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe führen.

Denn erinnern wir uns an die eingangs genannten Simmel'schen Ausführungen: „Keine Wandlung, Entwicklung, Zuspitzung oder Senkung des gesellschaftlichen Lebens wird vorübergehen, ohne ein Residuum in der Schicht der Armut wie in einem Sammelbecken abzulagern“. Simmel schreibt diese Ausführungen, als sich die Gesellschaft von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft wandelt. Gegenwärtig verzeichnen wir den weiter voranschreitenden Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft mit der Konsequenz, dass unqualifizierte Tätigkeiten seltener werden. Die Benachteiligung der Kinder setzt sich also hier fort. Demnach

wird es vermutlich weiter zu „Ablagerungen in einem Sammelbecken“ kommen. Hoffentlich aber auch zukünftig nicht zur Bildung einer geschlossen erscheinenden Unterklasse.

#### Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag entstand in Zusammenarbeit mit PD Dr. Rolf Becker und Dr. Andreas Lange. Ihnen sei herzlich gedankt. Einzelne Abschnitte sind auch in anderen Publikationen veröffentlicht.
- 2 Für die Bestimmung der Einkommensarmut wird das monatliche, mit der BSHG-Äquivalenzskala gewichtete Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) einzelner Personen oder Haushalte herangezogen. Beträgt das Nettoäquivalenzeinkommen eines Haushalts weniger als 50 Prozent des entsprechenden Durchschnitts aller Haushalte, dann befindet sich dieser Haushalt in relativer Einkommensarmut. Unterschreitet jedoch das Äquivalenzeinkommen die 40-Prozent-Grenze, dann liegt strenge Armut vor. Jedoch ist bei einer gegebenen Einkommensverteilung in einer Gesellschaft nicht ausgeschlossen, dass das Ausmaß und die Dauer von Armutslagen sowie die Verteilung von Armutsrisiken von den gewählten definitorischen Abgrenzungen von Armut abhängen. Verändern sich Einkommensverteilungen, so können sich je nach gewählter Operationalisierung strukturelle Veränderungen im sozialen Bild von Armut ergeben, die aber auch statistische Artefakte darstellen können (Semrau/Stubig 1999). Insgesamt fallen die Messprobleme bei Einkommensangaben und Nichtberücksichtigung von Vermögen und Transfereinkommen wenig ins Gewicht und sind vor allem bei zeitlichen Vergleichen unerheblich.
- 3 Im Jahre 1950 erhielten in der Bundesrepublik Deutschland rund 1,6 Millionen Personen (d.h. 33 Personen auf 1.000 Einwohner) Unterstützung durch die Fürsorge und ihre Zahl sank bis zum Auslaufen dieser Sozialleistung auf knapp 1 Million Empfänger bzw. auf 18 Fürsorgeempfänger pro 1.000 Einwohner. Seit In-Kraft-Treten des BSHG im Jahre 1963 stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 1,3 Millionen (24 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner) auf fast 3,8 Millionen (Sozialhilfequote: 59) im Jahre 1990 an. Im gleichen Zeitraum verdreifachte sich die Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) von 761.000 auf über 2,7 Millionen Personen.
- 4 Zusätzlich hat die homogenere Einkommensverteilung in Ostdeutschland, die noch ein Erbe der DDR darstellt (Szydlik 1993), einen starken Einfluss auf die Wohlfahrtsposition.
- 5 Liegt das Nettoäquivalenzeinkommen in den Grenzen zwischen 50 und 75 Prozent, dann definiert dies den **prekären Wohlstand**. Manchmal wird auch die Grenze von 66 Prozent als oberstes Limit verwendet, um prekären Wohlstand zu messen (Abel-Smith/Townsend 1965). In diesen Grenzen liegen auch Personen und Haushalte, die zwar erwerbstätig sind, dabei aber so geringe Arbeitseinkommen erzielen, dass sie dauer-

haft in armutsnahen Lebenslagen leben („working poor“). Die hier vorgelegten Zeitreihen sind nicht ohne Einschränkungen vergleichbar, weil unterschiedliche Datengrundlagen und Referenzgruppen verwendet wurden.

- 6 Nachrichtlich sei noch für Gesamtdeutschland erwähnt, dass die Armutsquote für minderjährige Kinder bei über 22 Prozent im Jahre 1990 lag. In den darauf folgenden Jahren sank sie kurzfristig und betrug im Jahre 1995 rund 19 Prozent und im Jahre 1998 fast 17 Prozent. In der Armutsforschung ist für diese Entwicklung der irreführende Begriff „Infantilisierung der Armut“ geprägt worden (Hauser/Neumann 1992).
- 7 Es sind die Ergebnisse der Coping- und Resilienzforschung aus der jüngeren Entwicklungspsychologie und Sozialisationsforschung, die hierzu aufschlussreich sind. Allerdings sei noch hervorgehoben, dass wir uns der möglichen Instrumentalisierung der Ergebnisse der Bewältigungs- und Resilienzforschung bewusst sind. Es geht aber nicht um eine Legitimierung einer bestimmten Form von sozialpolitischem Denken, das einseitig an Effizienz orientiert ist und vor allem auf die Aktivierbarkeit des Selbst-Unternehmers hofft und Hilfeangebote von personalen Voraussetzungen abhängig macht. Beispielsweise vertritt Beisenherz (2000) die These, dass die Aufwertung und zunehmende Akzeptanz von Reichtum, Stärke und Erfolg als kulturelle Zielsetzungen einerseits sowie eine neue Naturalisierung, Segregation und Individualisierung von Armut andererseits, der Auslöser einer Delegitimierung von Hilfe sei.
- 8 Die Autoren geben allerdings auch zu bedenken, dass manche Schutzfaktoren ein Doppelgesicht haben. Unter bestimmten Umständen können sie in ihr Gegenteil umschlagen. Beispielsweise erweist sich das förderliche positive Selbstwertgefühl für aggressive Jugendliche als schädlich, insbesondere auch mit Blick auf Interventionen (Lösel/Bender 1999: 45).
- 9 Machen sich Eltern – und hierbei vor allem die Mütter – Sorgen um die wirtschaftlich zukünftige Situation des Haushalts, dann verstärken diese eine ‚risikoaverse‘ Bildungsentscheidung zugunsten einer kurzen schulischen Ausbildung. Diese Kinder wechseln dann auch signifikant häufiger auf die Hauptschule.
- 10 Eine Dresdner Studie belegt, dass häufige Arbeitslosigkeitsepisoden sowie Arbeitslosigkeit mit substanziellen Einkommens- oder Statusverlusten dazu führen, dass sich die Eltern am Ende der Grundschulzeit ihrer Kinder mit großer Wahrscheinlichkeit gegen das Gymnasium entscheiden (Becker/Nietfeld 1998). Die Einflüsse dieser Faktoren schwächen sich dann wesentlich ab, wenn psychische Dispositionen, das Familienklima und die Bildungsaspirationen in Bezug auf die Bildungsentscheidung berücksichtigt werden. Dass sich die Verunsicherung der Eltern über die gesellschaftlichen Verhältnisse sowie das vorhandene elterliche kulturelle Kapital auf die Bildungschancen auswirken, verweist auf die Relevanz des Humanvermögens und der Ressourcen der Eltern, die mobilisiert werden können, um Zwangslagen zu „verarbeiten“. Dagegen bleiben die negativen Auswirkungen einer lang anhaltenden Arbeitslosigkeit, die mit substanziellen Einkommens- und Statusverlusten

verbunden sind, äußerst stabil. Offensichtlich ist in Ostdeutschland die Dauer der Arbeitslosigkeit und Armut ein wesentlicher Faktor, der sich auf die (Re-)Produktion des Humanvermögens auswirkt. Diese Ergebnisse zusammen verweisen zunächst darauf, dass es einen unmittelbaren kausalen Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Deprivation und (Re-)Produktion des Humanvermögens gibt. Ebenso gibt es Hinweise für eine Akzentuierung dieses Zusammenhangs, wenn man den Effekt der Verunsicherung über die gesellschaftlichen Verhältnisse und die unsichere Zukunft berücksichtigt.

## Literatur

- ABEL-SMITH, Brian und Peter TOWNSEND, 1965: The Poor and the Poorest. Occasional Papers on Social Administration No. 17. London: Bell.
- ANDREß, Hans-Jürgen, 1994: Steigende Sozialhilfezahlen. Wer bleibt, wer geht und wie sollte die Sozialverwaltung darauf reagieren? S. 75-105 in: Michael M. Zwick (Hg.): Einmal arm, immer arm? Frankfurt am Main: Campus.
- ANDREß, Hans-Jürgen, 1999: Leben in Armut. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ARBEITSGRUPPE BILDUNGSBERICHT AM MAX PLANCK INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG, 1994: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Reinbek: Rowohlt.
- BACHER, Johann, 1997: Einkommensarmutsgefährdung von Kindern in Österreich und deren Auswirkungen auf die Schullaufbahn und das subjektive Wohlbefinden, SWS-Rundschau 37: 39-61.
- BALSEN, Werner, Hans NAKIELSKI, Karl RÖSSEL und Rolf WINKEL, 1984: Die neue Armut. Ausgrenzung der Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung. Köln: Bund.
- BECKER, Rolf, 1998: Dynamik rationaler Bildungsentscheidungen im Familien- und Haushaltskontext. Eine empirische Untersuchung zum Bildungserfolg ostdeutscher Jugendlicher in Armutslagen, Dresden: Technische Universität: Manuskript.
- BECKER, Rolf, 1999: Kinder ohne Zukunft? Kinder in Armut und Bildungsungleichheit in Ostdeutschland seit 1990, Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 2: 251-271.
- BECKER, Rolf und Markus NIETFELD, 1999: Arbeitslosigkeit und Bildungschancen von Kindern im Transformationsprozess. Eine empirische Studie über die Auswirkungen sozio-ökonomischer Deprivation auf intergenerationale Bildungsvererbung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 51: 55-79.
- BECKER, Rolf, und Wolfgang LAUTERBACH, 2002: Familie und Armut in Deutschland, S. 159-183 in: Rosemarie Nave-Herz

- (Hg.): Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland. Eine zeitgeschichtliche Analyse. Lucius und Lucius.
- BEISENHERZ, Gerhard, 2000: Kinderarmut global und lokal: Armut als Exklusionsrisiko. S. 78-95 in: Christoph Butterwegge (Hg.): Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. Frankfurt am Main: Campus.
- BIEBACK, Karl-Jürgen und Helga MILZ, 1995: Zur Einführung: Armut in Zeiten des modernen Strukturwandels. S. 7-27 in: Karl-Jürgen Bieback, Milz, Helga (Hg.): Neue Armut. Frankfurt: Campus.
- BROOKS-GUNN, Jeanne und Greg J. DUNCAN, 1997: The Effects of Poverty on Children, *The Future of Children* 7: 55-71.
- BÜCHNER, Peter und Burkhard FUHS, 1998: Zur Sozialisationswirkung und zur biographischen Bedeutung der Kindersportkultur, Marburg: Marburger Beiträge zur Kindheits- und Jugendforschung Nr. 8.
- BUHR, Petra, 1995: Dynamik von Armut. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- BUHR, Petra, Lutz LEISERING, Monika LUDWIG und Michael ZWICK, 1991: Armutspolitik und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten. S. 502-546 in: Bernhard Blanke und Helmut Wollmann (Hg.): Die alte Bundesrepublik: Kontinuität und Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag (Sonderheft 12/1991 des Leviathan).
- BUHR, Petra, 1998: Übergangsphase oder Teufelskreis? Dauer und Folgen von Armut bei Kindern. S. 72-87 in: Andreas Klocke und Klaus Hurrelmann (Hg.): Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Kontroversen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ), 1998: Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bonn: BMFSFJ.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

- DUNCAN, Greg J., JEANNE BROOKS-GUNN und Pamela KLEBANOV, K., 1994: Economic Deprivation and Early Childhood Development, *Child Development* 63: 296-318.
- DUNCAN, Greg J., Jean W. YEUNG, Jeanne BROOKS-GUNN und Judith R. SMITH, 1998: The Effects of Childhood Poverty on the Life Chances of Children, *American Sociological Review* 63: 406-424.
- ECKARDT, Thomas, 1997: *Armut in Deutschland*. München: Olzog.
- EGGEN, Bernd, 1998: *Privathaushalte mit Niedrigeinkommen*. Baden-Baden: Nomos.
- ESPING-ANDERSEN, Gosta, 1999: *Social Foundations of Post-industrial Economies*, Oxford: Oxford University Press.
- FEATHERMAN, David, L. und Kevin SELBEE, L., 1988: Class Formation and Class Mobility. A New Approach with counts from Life History Data. S. 247-264 in: Matilda Riley, White (Hg.): *Social Structures & Human Lives*. London: SAGE.
- FEND, Helmut, 1998: *Eltern und Freunde. Soziale Entwicklung im Jugendalter. Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne*, Bern: Huber.
- FEND, Helmut und Fred Berger, 2001: Einführung: Längsschnittuntersuchungen zum Übergang vom Jugendalter ins Erwachsenenalter, *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 21: 3-23.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE UND SENIOREN (Hg.): 5. Familienbericht, 1994: *Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens*, Bonn: Bundesministerium für Familie und Senioren.
- GEIßLER, Heiner, 1976: *Die neue soziale Frage*. Freiburg: Herder.
- HAMILTON, Stephen und Klaus HURRELMANN, 1993: Auf der Suche nach dem besten Modell für den Übergang von der Schule in den Beruf, *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 13: 194-206.
- HANESCH, Walter, Peter KRAUSE und Gerhard BÄCKER, 2000: *Armut und Ungleichheit in Deutschland*. Reinbek: Rowohlt.

- HAUSER, Richard, 1995: Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick. Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-32/95, S. 3-13.
- HAUSER, Richard, 1997: Wächst die Armut in Deutschland. S. 29-48 in: Siegfried Müller und Ulrich Otto (Hg.): Armut im Sozialstaat. Neuwied: Luchterhand.
- HAUSER, Richard, 1999: Tendenzen zur Herausbildung einer Unterklasse? S. 133-147 in: Wolfgang Glatzer und Ostner Ilona (Hg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Opladen: Leske + Budrich.
- HAUSER, Richard und Peter SEMRAU, 1990: Zur Entwicklung von Einkommensarmut von 1963 bis 1986, Sozialer Fortschritt 39: 27-42.
- HAUSER, Richard und Udo NEUMANN, 1992: Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 237-271 in: Stephan Leibfried und Wolfgang Voges (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft 32 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- HENZ, Ursula und Ineke MAAS, 1995: Chancengleichheit durch die Bildungsexpansion?, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47: 605-634.
- HERLTH, Alois, Susanne BÖCKER und Friedolf OSSYSSEK, 1995: Ehebeziehungen und Kompetenzentwicklung von Kindern. S. 221-237 in: Bernhard Nauck und Corinna Onnen-Ise-mann (Hg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung: Rosemarie Nave-Herz zum 60. Geburtstag gewidmet. Neuwied: Luchterhand.
- HOCK, Beate, 2000: Erfolgreiche Armutsbewältigung. S. 75-173 in: Beate Hock und Gerda Holz (Hg.): Erfolg oder Scheitern? Arme und benachteiligte Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben. Fünfter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Frankfurt: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik.
- HOCK, Barbara und Gerda HOLZ, 2000: Erfolg oder Scheitern? Arme und benachteiligte Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben. Fünfter Zwischenbericht zu einer Studie im Auf-



- trag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt am Main 2000.
- HOOSE, Daniela und Dagmar VORHOLT, 1997: Der Einfluß von Eltern auf das Berufswahlverhalten von Mädchen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Aus Politik und Zeitgeschichte 47: 35-44.
- HÜBINGER, Werner, 1996: Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg: Lambertus.
- HUININK, Johannes, 1995: Warum noch Familie. Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus.
- Joos, Magdalena, 1997: Armutsentwicklung und familiäre Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern. S 47-78 in: Ulrich Otto (Hrsg.), Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien, Opladen: Leske + Budrich.
- KAUFMANN, Franz-Xaver, 1995: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. München: Beck.
- KLOCKE, Andreas, 1996: Aufwachsen in Armut. Auswirkungen und Bewältigungsformen der Armut im Kindes- und Jugendalter, Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 16: 390-409.
- KLOCKE, Andreas, 1998: Kinderarmut in Europa. S. 136-159 in: Andreas Klocke und Klaus Hurrelmann (Hg.): Kinder und Jugendliche in Armut. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- KLOCKE, Andreas, 2000: Methoden der Armutsmessung. Einkommens-, Unterversorgungs- und Deprivationskonzept, Zeitschrift für Soziologie 29: 313-330.
- KLOCKE, Andreas und Andreas HURRELMANN (Hg.), 1998: Kinder und Jugendliche in Armut. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- KRÄMER, Walter, 2000: Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Campus.
- KRAIS, Beate, 1996: Bildungsexpansion und soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. S. 118-146 in: Jahrbuch '96. Bildung und Arbeit (Hg.): Die Wiederentdeckung der Ungleichheit. Aktuelle Tendenzen in Bildung für Arbeit. Opladen: Leske + Budrich.

- KRAUSE, Peter, 1992: Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42: 3-17.
- KRAUSE, Peter, 1994: Zur zeitlichen Dimension von Einkommensarmut. S. 189-214 in: Hanesch Walter und Eva-Maria Bordt (Hg.): *Armut in Deutschland*. Reinbeck: Rowohlt.
- KRONAUER, Martin, 1998: "Social Exclusion" and Underclass – New Concepts for the Analysis of Poverty. S. 51-75 in: Hans-Jürgen Andreß (Hg.): *Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective*. Aldershot: Ashgate.
- LANGE, Andreas und Wolfgang LAUTERBACH, 2000: *Kinder in Familie und Gesellschaft zu Beginn des 21sten Jahrhunderts*. Stuttgart: Lucius&Lucius.
- LAUTERBACH, Wolfgang und Andreas LANGE, 1998: Aufwachsen in materieller Armut und sorgenvoller Familienumwelt. Konsequenzen für den Schulerfolg von Kindern am Beispiel des Überganges in die Sekundarstufe I. S. 106-129 in: Jürgen Mansel und Georg Neubauer (Hg.): *Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern*. Opladen: Leske + Budrich.
- LEIBFRIED, Stefan und Lutz LEISERING, 1996: *Zeit der Armut*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- LÖSEL, Friedrich und Doris BENDER, 1999: Von generellen Schutzfaktoren zu differenziellen protektiven Prozessen. in: Günther Opp, Michael Fingerle und Andreas Freytag (Hg.): *Ergebnisse und Probleme der Resilienzforschung. Was Kinder stärkt. Erziehung zwischen Risiko und Resilienz*. München:
- MANZ, Günter, 1992: *Armut in der DDR-Bevölkerung*. Augsburg: Maro.
- MANSEL, Jürgen und Klaus-Peter BRINKHOFF, 1998: *Armut im Jugendalter. Soziale Ungleichheit, Gettoisierung und die psychosozialen Folgen*. Weinheim: Juventa.
- McFATHE, Katherine, Timothy SMEEDING und Lee RAINWATER, 1995: Markets and States: Poverty Trends and Transfer System Effectiveness in the 1980s. S. 29-66 in: Katherine McFate, Roger Lawson und William J. Wilson (Hg.): *Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy*. New York: Russell Sage Foundation.

- McLOYD, Vonnie: Socialization and Development in a Changing Economy: The Effects of Paternal Job and Income Loss on Children, in: *American Psychologist*, 44/1999, S. 293-302.
- McLEOD, Jane, D. und Michael SHANAHAN, J., 1993: Poverty, Parenting, and Children's Mental Health., *American Sociological Review* 58: 351-366.
- MÜLLER, Walter, 1994: Bildung und soziale Platzierung in Deutschland, England und Frankreich. S. 115-134 in: Hansgert Peisert, Wolfgang Zapf und Stuttgart (Hg.): *Gesellschaft, Demokratie und Lebenschancen*. Festschrift für Ralf Dahrendorf.
- MÜLLER, Walter und Dietmar HAUN, 1994: Bildungsungleichheit im sozialen Wandel, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46: 1-43.
- MÜLLER, Klaus und Joachim FRICK, 1997: Die Äquivalenzeinkommensmobilität in den neuen und alten Bundesländern 1990 bis 1994. S. 103-155 in: Stefan Hradil und Eckart Pankoke (Hg.): *Aufstieg für alle?* Opladen: Leske und Budrich.
- NAVE-HERZ, Rosemarie, 1999: Wozu Familiensoziologie? Über die Entstehung, Geschichte und die Aufgaben der Familiensoziologie. S. 15-33 in: Friedrich W. Busch (Hg.): *Aktuelle Forschungsfelder der Familienwissenschaft*. Würzburg: Ergon.
- NEUBAUER, Georg, 1997: Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit und Armut auf Familien und Kinder – ein mehrdimensionaler empirisch gestützter Zugang. S. 79-112 in: Ulrich Otto (Hg.): *Aufwachsen in Armut*. Opladen: Leske+ Budrich.
- NIETFELD, Markus und Rolf BECKER, 1999: Harte Zeiten für Familien. Theoretische Überlegungen und empirische Analysen zu Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und sozio-ökonomischer Deprivation auf die Qualität familialer Beziehungen Dresdner Familien, *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 19: 369-387.
- NÜBEL, Christina 1998: *Poverty in European Welfare States*. Dissertation Konstanz.

- OPP, Günther, Michael FINGERLE und Andreas FREYTAG, 1999: Erziehung zwischen Risiko und Resilienz. S. 9-21 in: Günther Opp, Michael Fingerle und Andreas Freytag (Hg.): Neue Perspektiven für die heilpädagogische Forschung und Praxis. Was Kinder stärkt. Erziehung zwischen Risiko und Resilienz, München, S. 9-21.
- RODAX, Annelie und Klaus RODAX, 1996: Bildungschancen und Bildungswege von Frauen. Eine bildungssoziologische Untersuchung von sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung, Berlin: Duncker&Humblot.
- RÖSSEL, Dominique, Melanie BERTZ und Tina SIEBERT, 1998: Armut und Schule. S. 76-101 in: Gerd Iben (Hg.): Kindheit und Armut. Analysen und Projekte. Münster: Lit.
- SCHÄFERS, Bernhard, 1992: Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Frankfurt am Main: Campus.
- SCHLEMMER, Elisabeth, 1998: Risikolagen von Familien und ihre Auswirkungen auf Schulkinder. S. 129-146 in: Jürgen Mansel und Georg Neubauer (Hg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Über die veränderten Bedingungen des Aufwachsens. Opladen: Leske+Budrich.
- SEMRAU, Peter, 1990: Entwicklung der Einkommensarmut. S. 111-128 in: Diether Döring, Walter Hanesch und Ernst-Ulrich Huster (Hg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- SEMRAU, Peter und Hans-Jürgen STUBIG, 1999: Armut im Lichte unterschiedlicher Messkonzepte, Allgemeines Statistisches Archiv 83: 324-337.
- SHAVIT, Yossi und Walter MÜLLER (Hg.), 1998: From School to Work. A Comparative Study of Educational Qualifications and Occupational Destinations. Oxford: Clarendon Press.
- SILBEREISEN, Rainer K. und Sabine WALPER, 1989: Arbeitslosigkeit und Familie. S. 535-559 in: Rosemarie Nave-Herz und Manfred Markefka (Hg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Bd.1, Familienforschung. Neuwied: Luchterhand.
- SIMMEL, Georg, 1958 [1908]: Soziologie : Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker & Humblot.

- STRENGMANN-KUHN, Wolfgang, 1997: Erwerbs- und Arbeitsmarktbeteiligung der Armutspopulation in der Bundesrepublik Deutschland. S. 113-135 in: Irene Becker und Richard Hauser (Hg.): Einkommensverteilung und Armut: Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus.
- SZYDLIK, Marc, 1993: Arbeitseinkommen und Arbeitsstrukturen. Berlin: edition sigma.
- THURNWALD, Hilde, 1948: Gegenwartsprobleme Berliner Familien: eine soziologische Untersuchung an 498 Familien. Berlin: Weidmann.
- ULBRICHT, Gottfried, Gerhard SCHMIDT und Dietlinde FRIEBE, 1995: Veränderte Reihenfolge der Bedürfnisse bei geringem Einkommen in den neuen Bundesländern. S. 128-140 in: Barbara-Maria Feichtinger, Elfriede Köhler, Eva Barlösius (Hg.): Ernährung in der Armut. Berlin: Sigma.
- WALPER, Sabine, 1988: Familiäre Konsequenzen ökonomischer Deprivation. München und Weinheim: Union.
- WALPER, Sabine, 1998: Die Individuation in Beziehung zu beiden Eltern bei Kindern und Jugendlichen aus konfliktbelasteten Kernfamilien und Trennungsfamilien, Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 18: 134-151.
- WEICK, Stefan, 1999: Relative Einkommensarmut bei Kindern. Universität Gießen: Dissertation.
- WEICK, Stefan, 2000: Wer zählt zu den „Reichen“ in Deutschland?, Informationsdienst Soziale Indikatoren: 1-5.
- WERNER, Emmy E., 1989: Vulnerability and Resiliency: A Longitudinal Perspective. S. 157-172 in: Michael Brambring, Friedrich Lösel und Helmut Skowronek (Hg.): Children at Risk: Assessment, Longitudinal Research, and intervention. Berlin: de Gruyter.
- ZIMMERMANN, Gunter E., 1998: Formen von Armut im Kindes- und Jugendalter. S. 51-71 in: Andreas Klocke und Klaus Hurrelmann (Hg.): Kinder und Jugendliche in Armut. Opladen: Westdeutscher Verlag.



## Der Autor

### WOLFGANG LAUTERBACH (1960)

Dr. phil., Professor für Soziologie mit den Schwerpunkten Familien- und Bevölkerungssoziologie an der Universität Münster.

Studium in Berlin an der Freien Universität, Promotion 1992; Habilitation 1999 an der Universität Konstanz. Seit 2001 Universitätsprofessor in Münster. Arbeitsschwerpunkte: Familien- und Jugendsoziologie, Lebenslaufsoziologie, Arbeitsmarktsoziologie. Mitglied des Sprecherrates der Sektion Familiensoziologie seit 1998.

Neuere Veröffentlichungen: Die Multilokale Mehrgenerationenfamilie. Zum Wandel der Familienstruktur in der zweiten Lebenshälfte. Erscheint Sommer 2003 in der Schriftenreihe Familie und Gesellschaft, Würzburg (Ergon-Verlag). Social Structure and the Family: A United States - Germany Comparison of Residential Proximity Between Parents and Adult Children. In: Zeitschrift für Familienforschung, 2001, 13, 68-89. Erwerbseinstieg und erste Erwerbsjahre. Ein Vergleich von vier westdeutschen Geburtskohorten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2001, 53, 258-283 (zus. mit K. Pillemer). Kinder in Familie und Gesellschaft zu Beginn des 21sten Jahrhunderts, Stuttgart 2000, 356 Seiten (zus. mit M. Sacher). Familien in prekären Einkommenslagen: Konsequenzen für die Bildungschancen von Kindern in den 80er und 90er Jahren? In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 1999, 3, 361-384 (zus. mit A. Lange).

# Oldenburger Universitätsreden

## Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

Über die Lieferbarkeit der Ausgaben Nr. 1 bis Nr. 121 gibt das Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, Postfach 25 41, 26015 Oldenburg, Tel.: 0441/798-2261, Auskunft.

Nr. 122 Hinz, Renate: War Kaspar Hausers Bildungsgang zum Scheitern verurteilt? Zur Relevanz eines erfahrungsorientierten schulischen Lernens. – 1999. – 29 S.  
ISBN 3-8142-1122-7 € 3,10

Nr. 123 von Felden, Heide: Bildung und Geschlecht. Frauen- und Geschlechterforschung im Kontext der Bildungsforschung. – 1999. – 55 S.  
ISBN 3-8142-1123-5 € 3,10

Nr. 124 Schachtschneider, Ulrich: Bilder der Zukunftsfähigkeit. Normative Nachhaltigkeitsvorstellungen im Vergleich. - 2000. - 35 S.  
ISBN 3-8142-1124-3 € 3,10

Nr. 125 Busch, Friedrich W. / Scholz, Wolf-Dieter: Brauchen Familien Leitbilder? – 2000. – 55 S.  
ISBN 3-8142-1125-1 € 3,10

Nr. 126 Alles hat seine Zeit. In memoriam Rüdiger Meyenberg. Texte im Abschiedsgottesdienst am 25. August 2000. – 2000. – 25 S.  
ISBN 3-8142-1126-X € 3,10

Nr. 127 Michael Daxner: Erziehung im Kosovo. – 2000 – 21. S.  
ISBN 3-8142-1127-8 € 3,10

Nr. 128 Schily, Konrad: Regionalisierung und Globalisierung als Herausforderung für die Universitäten der Zukunft. - 2000. - 24 S.  
ISBN 3-8142-1128-6 € 3,10

Nr. 129 Busch, Friedrich W. / Scholz, Wolf-Dieter: Familie – Auslaufmodell oder Zukunftsoption? – 2001. – 67 S.  
ISBN 3-8142-1129-4 € 3,10

Nr. 130 Hanft, Anke / Wolter, André: Zum Funktionswandel der Hochschulen durch lebenslanges Lernen. Zwei Vorträge in memoriam Wolfgang Schulenberg. – 2001. – 74 S.  
ISBN 3-8142-1130-8 € 3,10